

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonntagabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gep. Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeiterzeitschriften (Anzeigen) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 3.

Sonntag, den 18. Januar.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. All später eingehenden Sendungen werden in nächster Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Bevollmächtigten!

Der Umstand, daß unsere Generalversammlung schon im März stattfindet, veranlaßt uns, an die Bevollmächtigten das dringende Ersuchen zu richten, die Resultate der letzten Ausgabe unserer Fragezettel schleunigst an uns einzusenden, um dieselben noch zur Generalversammlung arbeiten zu können.

Stuttgart, den 11. Januar 1903.

Die Kommission für Arbeitslosen-Statistik.
J. A. J. Wildemann, Redarstraße 188.

Teile und herrsche.

Das Hauptorgan für Volksausplünderung, Volksknechtung und Reaktion, die Berliner Kreuzzeitung, schrieb anlässlich des christlichen Gewerkschaftskongresses: „Hält man sich von überschwänglichen Hoffnungen frei, so kann man allerdings auf Grund nüchternen Erwägungen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Organisationsbedürfnis der Arbeiterbrute ein allgemein herrschendes und auch allgemein verständliches ist und daß, um den sozialdemokratischen, religions- und vaterlandslos geleiteten Gewerkschaften ein irgendwie wirksames Paroli bieten zu können, die christliche Gewerkschaftsbewegung auf paritätischer Grundlage mit allem Eifer betrieben und nachdrücklich unterstützt werden muß. Selbst für denjenigen, der kein Freund der Organisation der Arbeiter ist, muß hier der maßgebende Grundsatz zur praktischen Geltung gelangen: divide et impera. (Teile und herrsche).“

So offen sind die Arbeiterfeinde selten, namentlich in ihrer Presse. Ganz offen und zwar mit einer brutalen Offenheit, wie sie nur im Jahre 1878 während der infamen Sozialistenhetze erlebt worden, wird seit Wochen von einem Teile der deutschen Unternehmer, an der Spitze natürlich die berüchtigtesten Scharfmacher, nach dem perfiden Herrschaftsgrundsatz der Römer „teile und herrsche“ gehandelt, indem unter Anwendung der verwerflichsten Gewaltmittel die Arbeitererschaft von der Sozialdemokratie loszureißen gesucht wird. Man will die Arbeiter parteipolitisch vergewaltigen und knechten, zu Heloten machen und das Arbeitsverhältnis womöglich überall so feudal gestalten, wie im Königreich Krupp und seinen verschiedenen „Provinzen“. Rücksichtslos und gewissenlos, unter elendem Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht ist in den letzten Wochen Tausenden von Arbeitern seitens zahlreicher Fabrikleitungen Gewalt angetan, ihre soziale und politische Ueberzeugung mit Füßen getreten und sie zur Beteiligung an Kundgebungen gezwungen worden, die im schroffsten Gegensatz zu ihrem Denken und Empfinden standen. Wer dem brutalen Kommando sich nicht fügte, wurde arbeitslos und verdienstlos auf die Straße geworfen und dieses Schicksal passierte, wie in Magdeburg, Arbeitern nach 20—25jähriger, treu geleisteter Arbeit, nachdem sie ein Menschenalter hindurch zur Vermehrung des Reichthums ihrer „Brotgeber“ im Schweitze des Angesichts sich für geringen Lohn abgerackert hatten. Das ist der Dank des Kapitals, der Dank des Geldsacks an die Arbeiter.

Selbst einem so gut gefinnten Blatte, wie der Sozialen Praxis erscheint diese infame Hetze gegen die sozialdemokratische einsinnige Arbeiter als durchaus verwerflich.

Es klagt darüber, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen — die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, die evanangelischen und katholischen Arbeitervereine, die kaufmännischen Verbände, die großen süd- und westdeutschen Eisenbahnvereine — die insgesamt mehr als 600 000 Mitglieder zählen und daher der Stärke der „unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Gewerkschaften etwa gleichkommen“, an leitenden Regierungsstellen nicht in dem Maße gewürdigt werden, wie es ihr ziffernmäßiger Umfang und ihre innere Kraft fordern dürfen. Diese Klage ist sehr interessant

und lehrreich, wenn sie auch nichts Neues enthält. Die genannten und noch andere nichtsozialdemokratische Arbeiterorganisationen haben in den Augen ihrer Hintermänner nur die Aufgabe, gegen die sozialdemokratischen Vereinigungen als Sturmbrecher zu dienen, ihrer weiteren Ausbreitung und Stärkung Hindernisse in den Weg zu legen, in die Reihen der Arbeiterschaft Fank und Zwietracht zu tragen, sie so zu teilen und dadurch den Gegnern zu ermöglichen, mit Leichtigkeit alle Arbeiter zu beherrschen, auszubeuten und niederzuhalten.

Diese Aufgabe ist natürlich ungelöst, so lange die sozialdemokratische Bewegung noch besteht, blüht und gedeiht, und darum haben jene „gutgesinnten“ Organisationen auch noch immerfort das Handwerk der Verhegung und Entzweiung auszuüben. Die bürgerlichen Politiker, die diese Organisationen offen als Leithammel am Gängelbände führen, wie z. B. Max Hirsch die Gewerkschaften, oder dieses Geschäft als heimliche Drahtzieher hinter den Kulissen besorgen, wie die Ultramontanen in den christlichen Gewerkschaften, wissen die hier vereinigten Arbeiter in der Regel von ersterem Tun, von kraftvollem sozialem Streben und Wirken zurückzuhalten und darum legt ihnen auch niemand größere Bedeutung und Wertschätzung bei.

Treten sie aber auch in den sozialen Kampf ein, geraten sie in Konflikt mit dem Unternehmertum, so werden sie ebenso beurteilt, gehaßt und bekämpft, wie die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften.

Die plutokratische, kapitalistische Politik, wie sie von den bürgerlichen Parteien und die Regierung mit der gewalttätigen Durchsetzung des Wuchertarifs befolgten, ist aber sehr geeignet, den geschilderten Zustand zu verschärfen, aber weder zur Freude der Kreuzzeitung noch der Sozialen Praxis. Sowohl die katholischen Arbeiter wie die Mitglieder der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften rebellieren, sie rücken hörbar nach links und machen sich los von Leuten, welche nur einseitig die Interessen der besitzenden Klassen vertreten, die Interessen der Arbeiter aber mit Füßen treten. Sie rücken nach links, weil die sozialdemokratische Partei neuerdings im Kampfe gegen den Wuchertarif sich als die einzige zuverlässige Volkspartei, als die Arbeiterpartei erwiesen hat, die mit wahren Löwenmut und mit großem Geschick die Interessen der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter verfochten hat. Graf Rosadomski, der im Januar 1902 im Reichstage die Sozialdemokratie als eine — sie ist aber die — Arbeiterpartei erklärte, hat so neuerdings die Wahrheit dieser Worte kennen gelernt.

Diese kraftvolle Vertretung der Interessen der Arbeiter durch die Sozialdemokratie ist der Hauptbeweggrund der jüngsten wie der früheren Hetzen gegen sie. Der Name ist dabei selbstverständlich Nebensache, denn die Arbeiterpartei, welche solche Tätigkeit entfaltet, zieht sich den tödlichen Haß der besitzenden und herrschenden Klassen zu, auch wenn sie sich konservativ, ultramontan, nationalliberal oder freisinnig benamten würde.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1902.

Dem Jahresrückblick des Korrespondenzblattes auf die Gewerkschaftsbewegung entnehmen wir das nachstehende. Es führt aus, daß das vergangene Jahr unter dem Druck der Wirtschaftskrise stand, daß die Arbeitslosigkeit einen erschreckend hohen Umfang angenommen hatte, so daß auch die öffentliche Meinung sich mit ihr befassen mußte, und fährt dann fort:

So standen alle Kreise des Gesellschaftslebens, Reich, Staat, Gemeinden, Industrie, Gerichte, Presse, unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit. Vor allem aber galt dies natürlich für die Gewerkschaften, denen nicht bloß die nächsten Hilfsaktionen für die Arbeitslosen zufielen, sondern die auch durch den die Arbeitslosigkeit begleitenden Druck des Unternehmertums auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden nach Möglichkeit zu entkräften suchen mußten. Und wir können wohl sagen, daß die deutschen Gewerkschaften den auf sie hereinströmenden Gewalten standhielten und wacker ihre Pflicht erfüllt haben. Mußten sie in der vorigen Krise alles aufbieten, um zunächst die eigene Existenz zu sichern, und dem Massenverlust von Mitgliedern entgegenwirken, so konnten sie diesmal, nachdem sie während des Auf-

schwungs die Organisation gut fundiert hatten, sofort tatkräftig für die Arbeitslosen eintreten. Und sie haben nicht nur einen namhaften Teil ihres Verbandsfonds für die Arbeitslosen geopfert, sondern sich auch außerdem zum Teil ganz erhebliche Steuern auferlegt, um den an sie herantretenden Ansprüchen zu genügen. Selbst solche Gewerkschaften, deren Statut keine Arbeitslosenunterstützung vorsieht, haben Tausende von Mark für Notfall-, Maßregelungs- und andern Unterstützungen bewilligt, und Zehntausenden von Arbeitslosen ist durch ihre Unterstützungen geholfen worden.

In gleichem Maße, als die Gewerkschaften sich an den Aktionen zur Linderung der Arbeitslosennot beteiligten, erwachte aber auch ihr Interesse an einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosigkeitslasten, die sie bisher fast allein tragen mußten, ohne einen wesentlichen Einfluß auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit entwickeln zu können. Dieser Einfluß liegt vielmehr bei den Unternehmern und bei den großen öffentlichen Arbeitgeber, die zugleich die Hauptschuld an dem die Arbeiterklasse drückenden Elend tragen, ohne an den Kosten der Unterstützung teilzunehmen.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte während der Krisis auf zahlenmäßig erkennbare Fortschritte nicht hoffen; ihr nächstes Streben mußte die Erhaltung des gegenwärtigen Mitgliederstandes sein. Das ist ihr auch völlig gelungen; war der Rückgang schon während des Ansturms im ersten Krisenjahre ganz unerheblich, so dürfte im Berichtsjahre nach den übersehbaren Erfahrungen ein weiterer Rückgang kaum zu verzeichnen sein. Manche Organisationen haben im Gegenteil ihre vorjährigen Verluste wieder ausgeglichen und andre berichten über weitere Zunahmen, so daß die Abnahme in einzelnen kleineren, von der Krisis besonders heimgesuchten Berufen kaum schwer ins Gewicht fällt, sondern durch die Zunahmen mehr als aufgewogen werden dürfte. Indes müssen erst die Winterquartal-Ziffern vorliegen, ehe man sich ein zuverlässiges Bild der gewerkschaftlichen Entwicklung machen kann. Die finanzielle Entwicklung der Gewerkschaften dürfte jedoch trotz ansehnlich gesteigerter Einnahmen durch die hohen Arbeitslosigkeits-Ausgaben ungünstig beeinflusst sein. Zum Glück bürgt das Massenbewußtsein der organisierten Arbeitererschaft, ihr wachsendes Vertrauen auf die gewerkschaftliche Organisation dafür, daß alle Verluste in wenigen Jahren mehr als ausgeglichen werden.

Das bedeutendste Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war im vergangenen Jahre der vierte deutsche Gewerkschaftskongress, und mit ihm die internationale Gewerkschaftskonferenz, die wirksamer als alle früheren internationalen Kongresse die Internationalität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung betätigte. Der Kongress erledigte eine Fülle gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen von hoher Wichtigkeit.

Den deutschen Gewerkschaften brachte das verflossene Jahr zwei Anerkennungen, die ebenso leicht über- als unterschätzt werden. Die Vertretung der Reichsregierung auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress war nichts andres, als der Ausdruck des Zugeständnisses, daß die deutschen Gewerkschaften sowohl eine legitime Vertretung der Arbeiterklasse, als auch ein bedeutender Faktor der öffentlichen Meinung des sozialpolitischen Lebens sind, dessen Urteil bei allen Arbeiterfragen nicht zu entbehren ist. Soweit diese Anerkennung den Gewerkschaften von den Staatslenkern bisher vorenthalten wurde, bedeutet sie allerdings einen Meinungswechsel der Regierung. Von einem Systemwechsel in Bezug auf die Behandlung der Gewerkschaften zu reden, wäre indes verfrüht, da jeder geringste Beweis hierfür durch die Last der Gegenbeweise erdrückt wird. Die gewerkschaftsfeindliche Tendenz der Regierungsfreie besteht nach wie vor; sie kommt zur Geltung in tausend polizeilichen Nadelstichen, mit denen die Gewerkschaften fortgesetzt systematisch heimgesucht werden, in den ministeriell organisierten Ausschüssen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schanden zu machen drohen, in der Haltung des Staats selbst als Arbeitgeber und schließlich in der Art und Weise, wie die Krupp-Epifode gegen die Arbeiterbewegung ausgebeutet wurde. Was will dagegen das geringe Zugeständnis bedeuten, daß man den Gewerkschaften gestattet, zur Statistik des Arbeitsmarkts beizutragen? Das beweist doch lediglich, daß man sie nicht entbehren

fann. Dagegen werden sie von der wichtigsten Statistik der Streiks systematisch ferngehalten, um diese Statistik um so tendenziöser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter auszugestalten und im Arbeitsstatistischen Amt wird ihnen keine Vertretung eingeräumt. Das Zolltarifgesetz ist zum Schaden der Arbeiterklasse angenommen worden, ohne ein einziges Gutachten einer der beteiligten Gewerkschaften einzuholen, obwohl von der Entscheidung einzelner Zollfragen das Wohl und Wehe ganzer Arbeiterberufe abhängig war. Und deshalb verweigert man den Gewerkschaften den für ihre Existenz unerlässlichen Schutz ihres Koalitions- und Streikrechts gegen behördliche und richterliche Eingriffe, weshalb erschwert man ihnen die korporativen Rechte, die Arbeitgeberorganisationen so leicht gewährt werden? Und wo liegt die Anerkennung des Gewerkschaftsprinzips: etwa in der Behandlung der Landarbeiter, deren beste Elemente durch die Unterdrückung jeder legalen Organisation systematisch zur Landflucht getrieben werden? — Die Gewerkschaften haben keine Ursache, allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken und sich der Sorge der Staatlenker zu überlassen. Sie werden stets nur diejenige Anerkennung finden, die sie sich erkämpfen, sie werden sich wie bisher auf ihre eigene Macht verlassen, auf die Kräfte der klassenbewußten Arbeiterschaft stützen müssen, um das, was ihnen notwendig ist, zu erhalten, und um ihre Errungenchaften zu verteidigen. Was sie bisher erreicht, ist nicht einem Liebeswerben um höhere Gunst, sondern zielbewußter Organisierung der Arbeitermassen zu danken; auf dieser gefundenen Basis ruhen auch ihre Zukunftserfolge.

Der Organisator.

In Nr. 3 des Organisator wird ein Erguß gegen mich gerichtet, dem gegenüber eine ernste Polemik nicht am Platze ist. Einige Kraftproben möchte ich aber aus dem Geschreibsel den Lesern des Tabak-Arbeiters doch nicht vorenthalten. Unter anderem heißt es da:

1. Na, du aller ehrlicher Herrmann, lege dich ruhig schlafen, lasse das Schreiben, sonst bringst du dich noch um die letzte Reputation.
2. Dieser Kollege tritt mit einer Arroganz auf, die durch seine Ignoranz übertroffen wird.
3. Dieser Kollege muß sich gedrückt sehen und will überhaupt von sich reden machen, wenn es auch nur eine Art Herostratentum — seinen Namen der Nachwelt zu übertragen — ist.

4. Denn es ist wirklich schade um den Platz, den die Gedankenerpektionen dieses wirklich offenkundigen, nicht geheimen Oberkonfusionsrats einnehmen.

5. Es ist sehr viel geschrieben, für und wider, wohlgeachtet nicht durch uns, sondern durch Mitglieder des Tabak-Arbeiterverbandes, und noch immer hält die Redaktion des Tabak-Arbeiters den Raum des Blattes nicht für zu kostbar, um den sonderbarsten Schwärmern das Wort darin zu erteilen. Wir würden es wahrlich keiner Redaktion verdenken, wenn sie z. B. das Geschreibsel des sattnam bekannten Herrn Wilhelm Herrmann aus Würzburg zurückgewiesen hätte u. s. w.

Wie stillvoll!

Armer Organisator! Wenn das der Weg zur Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft sein soll, dann gute Nacht.

Redakteure! Verhängt über mich den Bohkott, laßt dafür andere Herren ihre Ergüsse ablagern, sie sind die wahren Vertreter der modernen Richtung, es sind die Geachteten! Nein, lieber Organisator, schweigen werde ich nicht, jedoch das gehört auf ein anderes Stück Papier. — Daß ich den Tabak-Arbeiterausstand anstatt auf 1890 auf 1892 verlegt habe, das ist doch wahrhaftig nicht der Mühe wert, eine Aktion daraus zu machen. Als ich den Artikel sah, wollte ich erst selbst berichtigen, aber ich unterließ es und ich hätte den Kollegen Organisator wirklich nicht für so kleinlich gehalten. Habe ich doch selbst in einer Volksversammlung im Jahre 1890 in Dresden zu Gunsten der Ausgesperrten in Hamburg die Sprache geführt. Also, dieser Sieb ist wohl als ein verfehlter zu betrachten. Daß auch der Organisator von meiner Wahl zum deutschen Parteitag unterrichtet ist, giebt zu bedenken, die Angelegenheit wird wohl in Würzburg zur Aufklärung gelangen müssen. Nur eins will ich heute schon feststellen, daß durch geheime Abstimmung, also per Stimmzettel, von 90 abgegebenen Stimmen 70 auf meinen Namen lauteten. Gewählt bin ich gerade so, wie in Eimsbüttel die Delegierten zum Parteitag gewählt werden. Auf eine weitere Polemik lasse ich mich nicht ein.

Der Artikel „Streiklichter“ in Nr. 51 unseres Organs von G. Schmidt, Hastedt-Bremen soll zur Ueberbrückung der Streitigkeiten zwischen beiden Verbänden dienen. Wenn die Leistung des Sortiererverbandes dies wünschte, dann hätte sie längst ihre auffärende Arbeit in unserem Organ vollziehen können; aber man hat ja selbst den Kollegen des Sortiererverbandes, ungefähr 1100 an der Zahl, nur etwa 100 Exemplare des Tabak-Arbeiters zugeführt. Und ich sage nochmals, wenn der Brief (Minden), den der Herr oder Kollege Arnold, wie er es haben will, schrieb, es nicht genügend gekennzeichneter hätte, daß das Bestreben nach einem gemeinsamen Werk bei ihm wenigstens gegenwärtig nicht vorhanden ist, so kann, wenn nicht andere Töne angeschlagen werden, an eine Verständigung nicht gedacht werden; wie ich schon im ersten Artikel schrieb: Es ist besser so! Der Tag wird vielleicht doch mal kommen, wo es nichts Trennendes mehr geben darf. Den Organisator erinnere ich noch an das Sprichwort: Man sieht wohl den Splitter in seines Bruders Auge, aber den Balken im eigenen Auge erkennt man nicht.

Würzburg. W. Herrmann.

Zur Vereinigungsfrage.

Auf den Artikel „Zur Vereinigungsfrage“ in Nr. 51 sieht sich der Vorstand der Krankenkasse veranlaßt, folgendes zu erwidern:

In dem Schreiben, welches uns vom Vorstand des Verbandes zugegangen, heißt es wortlich: „Wie Sie aus Nr. 48 des Tabak-Arbeiters ersahen haben werden, sind wir gewillt, in nächster Zeit zu der nun einmal beschlossenen obligatorischen Zusichnahme Stellung zu nehmen und für deren Realisierung zu wirken. Dieses Ziel voll zu erreichen, ist bei dem Stande unserer Zusichnahme nicht schwer.“ Im weiteren wird ersucht, eine gemeinschaftliche Zusammenkunft stattfinden zu lassen, in welcher eine

gründliche Aussprache — ob eine Vereinigung immerhin noch möglich — erst zu erfolgen hätte.

Dem Vorstand des Verbandes wurde darauf sachtlich erwidert. Wie derselbe nun aus der Bemerkung: „Euer Schreiben scheint nur den Zweck zu haben, der Generalversammlung sagen zu können, daß Ihr alles aufgeboten, eine Vereinigung herbeizuführen, dieses aber von uns schon abgewiesen sei — hinzugefügt wurde noch: Wenn wir so folgern, müßt Ihr uns das nicht für ungut nehmen — Kapital schlägt, ist gelinde gesagt, ungeheuerlich, und liefert ja auch gleichzeitig den Beweis, daß die Folgerung richtig war. Der Vorstand konnte doch nicht annehmen, daß wir ihn für so naiv halten sollten, daß er nicht wußte, in welcher Situation wir uns augenblicklich befanden und daß eine Zusammenkunft wie das Hornberger Schießen verlaufen müßte. Die in dem Schreiben mit Gedankenstrichen versehenen Sätze besagen doch wohl zur Genüge, daß der Vorstandsvorstand davon überzeugt war, daß eine Zusammenkunft zwecklos sei. Jetzt fügt man noch hinzu: Von welcher event. unser zukünftiges Verhalten abhängig gemacht worden wäre! Neugierig könnte man ja darauf sein, wie derselbe das anfangen wollte. Daß man in dem Artikel sagt, wir seien unverschoren genug, ist charakteristisch und zeigt die längst bekannte Kampfesweise. Hier müssen wir, so leid es uns tut, das Kompliment für diesen diplomatischen Schachzug zurückgeben. Na, wer te Kollegen, wenn Euch Euer Schreiben und das Vorgehen gegen die Krankenkasse entlastet, dann sind wir nicht in der Lage, diesen etwas entgegen zu halten. Was die Mainzer Beschlüsse anbelangt, so stehen diese ja im Protokoll und wie diese beachtet sind, hat ja das Vorgehen von Anfang gezeigt. Wie der Krankenkassenvorstand persönlich über die Vereinigungsfrage denkt, kommt doch augenblicklich gar nicht in Frage, da derselbe doch lediglich die Beschlüsse der Generalversammlung auszuführen hat.

Daß Urabstimmungen ein richtiges Bild liefern, wenn man dabei geschickt zu Werke geht, haben wir ja gesehen. Im übrigen läßt sich ja durch eine Urabstimmung in einer Krankenkasse nichts erreichen, da ja nur die Generalversammlung in der Lage ist, Beschlüsse zu fassen. Die Mannheimer Generalversammlung hat ausdrücklich beschlossen, die nächste Generalversammlung, welche im Sommer 1904 stattfindet, soll über eine eventuelle Vereinigung entscheiden und hat eine diesbezügliche nötige Statutenänderung vorgenommen.

Es sei hier noch ausdrücklich bemerkt, daß der Vorstand nicht geonnen ist, sich auf weitere Polemiken einzulassen, trotzdem demselben von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht ist, nicht dagegen aufzutreten zu sein, als von seiten des Vorstandsvorstands in so ungeheuerlicher Weise gegen die Krankenkasse vorgegangen wurde. Wir haben es nämlich als besser erachtet, den Raum des Fachorgans in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung beanspruch zu lassen, als geharnischte und häßlich lange Auseinandersetzungen über den Anschluß der Krankenkasse an den Verband. Diese Sache ist an sich wohl nicht so schwierig; aber man sollte von vernünftigen Menschen doch erwarten, daß sie einsehen, daß auch die mitwirkenden Faktoren: Gesetz und Statut mit in Rechnung zu ziehen sind. Andernteils muß man, wenn man sich mit jemandem vereinigen will, erst dem andern Teil näher treten und nicht in der Art und Weise verfahren, wie es geschehen ist.

J. A.: S. Lenz.

Rundschau.

Eine Abänderung des Wahlrechts zu den Gewerbe-gerichten bezeichnet die Kölnische Zeitung als „dringend nötig“. Die Sozialdemokratie fasse dort überall Boden. Schöffene wie an den Schöffengerichten, oder Geschworene wie bei den Schwurgerichten seien besser, als „verhästete“ Arbeiter. Nachdem die Scharfmacher unter dem Unternehmensmit mit ihrer Forderung auf Abschaffung der Gewerbegerichte nicht durchgekommen sind, versuchen sie es mit dem Verlangen nach Abänderung des Wahlrechts. Dabei verschlägt es ihnen nicht das mindeste, daß alle hervorragenden Sozialpolitiker einig darin sind, daß die Gewerbegerichte in ihrer jetzigen Zusammensetzung sich gut bewährt haben. Die Scharfmacher sind eben aus Prinzip und Neigung die gehässigsten Schürer des Klassenkampfes; was sie an der Sozialdemokratie zu tabeln versuchen, das treiben sie selber mit der denkbar größten Ugeniertheit. Die Arbeiterschaft wird auch diesem Vorstoße des Scharfmachertums zu begeben wissen. Das Gesetz für die Gewerbegerichtswahlen kann nur durch den Reichstag abgeändert werden. Es zeigt sich also auch hierbei, daß die Schwächung der reaktionären Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen im dringendsten Interesse der Arbeiter liegt.

Der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung will das reichsstatistische Amt eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es hat sich deshalb an die Generalkommission der Gewerkschaften gewandt. Eine Uebersicht über die Arbeitsvermittlung, einschließlich der gewerkschaftlichen, soll in dem vom 1. April 1903 ab erscheinenden amtlichen Organ für Arbeiterstatistik allmonatlich gegeben werden. Die Arbeitsvermittlungsstellen werden zu diesem Zweck vom 1. April ab regelmäßig befragt werden. Um eine allgemeine Uebersicht über die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu gewinnen, hat, wie wir hören, die Generalkommission eine Fragekarte mit folgenden vier Fragen verfaßt: 1. Besteht ein von der Verwaltungsstelle eingerichteter und verwalteter Arbeitsnachweis? 2. Werden die Arbeitssuchenden bei der Meldung fortlaufend in eine Liste eingetragen? 3. Erhalten die Arbeitssuchenden einen Nachweisschein, mit dem sie zu dem Arbeitgeber gehen, der Arbeiter verlangt? 4. Wie groß war laut der unter 2. erwähnten Liste die Zahl der vermittelten Stellen vom 1. Januar bis 15. Dezember 1902? Diese Karten sollen bis zum 20. Dezember wieder an die Generalkommission zurückgeschickt werden.

Der nächste internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß findet, wie am 29. Dezember vom Internationalen Komitee in Brüssel beschlossen wurde, erst im Jahre 1904 statt. Bekanntlich sollte der Kongreß schon nächsten August in Amsterdam zusammentreten; in Anbetracht aber, daß Deutschland dieses Jahr die Wahlen zum Reichstag zu vollziehen hat, wurde die Vertagung für notwendig erachtet und demgemäß beschlossen.

Wirkungen der Krisis. Aus Baden wird berichtet, daß die kleinere Zigarrenindustrie auch diesen Winter in einzelnen Teilen der badischen Pfalz eine nicht geringe Krise zu überwinden hatte; einige kleinere Fabrikanten mußten den Betrieb einstellen. Im Bezirk Wiesloch, der etwa 6000 Zigarrenarbeiter zählt, sind Hunderte arbeitslos geworden. Man befürchtet, daß es noch schlimmer werden wird.

Gewerkschaftliches.

Stumenthal. Die Arbeiter der Firma Wessel stellten infolge Lohnabzug die Arbeit ein. Zugang ist fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Warfleth.

Döbeln. Die Differenzen in der Kautabakfabrik von Teichmann können wir als erledigt betrachten, indem alle Gemäßregelten weiter untergebracht sind.

Duisburg. Achtung, Kautabakarbeiter! Alle Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher beim 1. Bevollmächtigten Johann Demelaar, Duisburg, Neudorfer Str. 125, erkundigen.

Düsseldorf. Diejenigen Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten beabsichtigen, werden laut Beschluß der hiesigen Mit-

glieder-versammlung ersucht, sich vorher mit dem 1. Bevollmächtigten Josef Leuther, Ratinger Straße 19, II. in Verbindung zu setzen.

Frankfurt a. M. Wegen Auskunfts betreffs Arbeitsgelegenheit wolle man sich nur an Wilh. Frey, Breulsweg 3, wenden.

Geithain. Die reisenden Kollegen werden ersucht, Geithain zu meiden, da die einzige Fabrik hier eingegangen ist, und Reiseunterstützung nicht mehr ausgezahlt wird.

Götha. Bei der Firma Scheiding bestehen Lohn-differenzen. Zugang ist fern zu halten.

Greiffenberg. Wegen Maßregelungen, die die Firma Golles vornahm, ist der Zugang nach dort fernzuhalten.

Haftung, Tabakarbeiter. Die Kollegen, welche gewillt sind, bei dem Cigarrenfabrikanten A. Kolle in Grund in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher bei dem 2. Bevollmächtigten A. Egerling in Seesen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkundigen.

Haberstadt. Das Umschauen ist streng untersagt für die Zureisenden sowohl, wie für die hiesigen Kollegen. Zuwiderhandelnde machen wir auf den § 8 des Statuts aufmerksam.

Hadersleben. Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Rendsburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Hecken, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

Hannover. Bei der Firma Bruns u. Söhne (Fab.: Winkelhof) in Wülfe (Kautabakfabrik) bestehen Differenzen. Die Kollegen wollen dies beachten und dementsprechend handeln. Auskunft erteilt Adolf Oretbe, Hannover, Lange Str. 2.

Hildesheim. Die Arbeiter der Firma Gronau in Emmerke wurden entlassen, weil sie sich erlaubten, bessere Kost und Logis zu verlangen und die bundesträflichen Bestimmungen innegehalten wissen wollten. Zugang ist fernzuhalten.

Hütthausen. Der Zugang von Sortierern ist freigegeben, da die Differenzen beigelegt sind.

Hütthausen, Zütereog! Allediejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche willens sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, erst Erkundigungen beim 1. Bev. H. Werner, Grünstr. 11a, einzuziehen. Ueber die Fabrik von Kettig ist die Sperre verhängt.

Kiel. Die Kollegen, welche bei der Firma A. Kahl in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse bei dem Bevollmächtigten erkundigen.

Kriegau. Das Umschauen ist streng untersagt. Insbesondere ist die Firma Schiefenbusch zu meiden, indem dort Lohnabzüge vorgenommen wurden. Auskunft in Angelegenheiten erteilt Jul. Ismer, Rohlmarkt 23.

Kautabakspinner! Das Umschauen auf den Fabriken in Magdeburg ist streng untersagt. Auch werden diejenigen Kautabakspinner, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich zuvor bei unserem Bevollmächtigten Rudolf Gaier, Taßlochstraße 9, zu erkundigen.

Meißen. Wegen Lohn-differenzen ist der Zugang fernzuhalten. Der Vertrauensmann.

München. Die Kollegen, welche gewillt sind, in Münchenhof am Harz in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher beim Bevollmächtigten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkundigen; im Unterlassungs-falle wird keine Reiseunterstützung ausbezahlt.

Naderborn. Die Kollegen, welche bei der Firma Wimers u. Sohn in Arbeit zu treten gedenken, wollen vorher bei C. Waquer, Naderborn, Raffeler Str. 24, Erkundigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einziehen.

Schmölln S.-A. Den Tabakarbeitern aller Orte zur Kenntnis, daß hier in Schmölln die Sperre verhängt ist, diweil auf der Fabrik Fidenwirth u. Seyfarth 3 Kollegen gemäßiget sind. Weitere Entlassungen stehen bevor. Die Verwaltung.

Achtung, Tabakarbeiter! Die Kollegen, welche gewillt sind, bei dem Cigarrenfabrikanten B. Barniol in Schönwalde (Oberfranken) in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher bei Andreas Wickersheim in Böbuck (Thüringen) über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkundigen. Auch ist der Vorstand in Bremen bereit, Auskunft zu erteilen.

Konneburg. Unter Hinweis auf das Eingekaufte in Nr. 48 des Tabak-Arbeiters möchten wir die Kollegen darauf aufmerksam machen, bei der Firma Louis Pfeffer, Konneburg, keine Arbeit anzunehmen, da dieselbe in Bezug auf Arbeitsangelegenheiten ihr Versprechen nicht hält.

Schweidnitz. Die Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse an Hermann Barth, Büttnerstr. 1, wenden. Sprechstunden von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 11—12 Uhr mittags. Umschauen und Kufensaffen ist untersagt.

Weißenfels! Allediejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche willens sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, erst Erkundigungen beim Vertrauensmann C. Normanu, Raumburger Chaussee 10, einzuziehen.

Zirke. Bei der Firma E. Klische wurde ein Mitglied gemäßiget. Zugang ist fern zu halten.

Zwickau. Die Kollegen, welche bei der Firma Tippmann in Treuen i. Vogtl. in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher bei Max Ebert in Zwickau, Amnenstr. 36, erkundigen. Der Vertrauensmann.

Wie uns mitgeteilt wurde, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma S. Weismann in Bierheim b. Mannheim derart schlechte, daß die Arbeit als unannehmbar bezeichnet werden muß. Wer dort in Arbeit zu treten gedenkt, hat sich vorher beim Vorstand in Bremen, Marktstr. 18, II, zu erkundigen. Mitglieder, welche dies unterlassen, erhalten keine Reiseunterstützung.

Bremen. Der Vorstand.
Zugang von Sortierern ist nach Oslau und Ratibor fernzuhalten. Bevor man in Berlin Arbeit annimmt, wolle man sich mit dem dortigen Bevollmächtigten in Verbindung setzen.
Bremen. Der Vorstand.

Die Unterstüßungskasse für Gewerkschaftsbeamte ist mit dem 1. Januar 1903 in Kraft getreten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat beschlossen, die von ihr befol deten Beamten zum Beitritt zu verpflichten und gemäß dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die Hälfte der Beiträge zu bezahlen. In der Begründung wurde angeführt, daß die Generalkommission mit gutem Beispiel vorangehen müsse.

Änderungen in einigen Gewerkschaften traten beim Jahreswechsel in Kraft. Eine wichtige Umwandlung erfuhr die Organisation der Steinarbeiter. Bisher waren sie ein ziemlich loses Gebilde, welches in der Form von allen andern gewerkschaftlichen Organisationen abwich. Mit dem heutigen Tage löst sich diese Steinarbeiter-Organisation auf, um als Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands als festgefügte Organisation ein neues Dasein zu beginnen. Damit wird dem stolzen Bau der Zentralverbände, die nun einmal in Deutschland die ansehnlichsten Gewerkschaften sind, ein neues Glied hinzugefügt.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat mit dem neuen Jahre eine Verlegung seines Organs erfahren. Daselbe ist seither in der Münchener Parteidruckerei hergestellt worden und erscheint von jetzt an unter dem Titel Metallarbeiter-Zeitung in Stuttgart, wo es im eigenen Gebäude und in der eigenen Druckerei des Metallarbeiter-Verbands hergestellt wird.

Im Verband der Schneider und Schneiderinnen vollziehen sich mit dem 1. Januar ebenfalls einige wichtige Änderungen. Einem Beschlusse des letzten Verbandstags zufolge werden die Redaktion der Fachzeitung, bisher in Hamburg, und der Vorstand dieser Gewerkschaft, bisher in Stuttgart, von diesem Zeitpunkt an ihren Sitz nach Berlin verlegen. Den Vorsitz im Vorstand übernimmt dann H. Stühmer, dessen bisherige Stellung in der Redaktion des Fachorgans von da an G. Sabath bekleiden wird.

Die sechste Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beginnt am Montag, den 1. Juni 1903, im Gewerkschaftshaus zu Berlin ihre Verhandlungen. Provisorische Tagesordnung: 1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen. 2. Berichte des Vorstands und des Ausschusses und Beratung etwaiger Anträge zu diesem Punkte und dem Verbandsorgan. Referent: A. Schlichte-Stuttgart, R. Weisig-Frankfurt a. M. 3. Erweiterung des Unterstüßungswesens. Referent: A. Schlichte-Stuttgart. 4. Tarifverträge und Tarifgemeinschaften. Referent: G. Reichel-Stuttgart. 5. Statutenberatung. Berichterstattung über den vierten deutschen Gewerkschaftskongress und Stellungnahme zur Versicherung der Verbandsbeamten. Referent: A. Cohen-Berlin. 6. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes plant eine Erweiterung des Unterstüßungswesens und zwar soll die Krankenunterstützung nebst Gewährung eines Sterbegeldes, ferner die teilweise Vergütung der Auszugskosten zur Einführung gelangen. Der Vorstand stellt die einzelnen Anträge schon jetzt zur Diskussion der Mitglieder, sollten dieselben von der Generalversammlung angenommen werden, so soll der Beitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 50 Pfg. und für weibliche von 10 auf 25 Pfg. erhöht werden.

Berichte.

Derlinghausen. (Weihnachtsbescherung und Streik.) Wenn zu Weihnachten die Kirchenglocken ertönen, so klingt das sonderbar für Streikende, die nun schon volle 14 Wochen ringen und im Kampfe stehen, um nicht ganz und gar der kapitalistischen Klasse zum Opfer zu fallen. Es sei an dieser Stelle besonders darauf hingewiesen, daß die Solidarität unserer Mitmenschen es ermöglichte, daß auch wir ein Fest der Liebe im Kreise unserer Familie feiern konnten, und zwar durch die Bescherung, die uns am ersten Weihnachtstage zu teil geworden ist. Wir Streikende waren nicht wenig erheitert, als uns vom Kassierer, Adolf Drewes, 12 Pfd. als Weihnachtsgeschenk überreicht wurden. Man kann hieraus ersehen, daß das menschliche Gefühl der arbeitenden Bevölkerung das des Unternehmertums weit übertrifft. Unsere Mitarbeiter hatten an ihre Arbeitsbrüder gedacht, wofür wir streikenden Tabakarbeiter herzlich dankbar sind. Insbesondere Dank den Detmoldern. Nun, Freunde und Genossen, wir fühlen uns jetzt von neuem gestärkt durch Euer überraschendes Entgegenkommen. Darum wollen wir Streikenden geloben, daß wir im neuen Jahre gerade noch so lange aushalten wie im alten Jahre, es sei denn, daß die Firma nachgibt in ihrem Vorhaben. Mag die Firma Kespohl u. Gronemeier noch so lange zögern und sagen, daß sie uns schon müde machen wolle, wir Streikenden halten aus.

Durch Kampf zum Sieg!

Die Streikenden der Firma Kespohl u. Gronemeier.

Seesen. Am Sonnabend, den 10. Januar, fand im Vereinslokal die monatliche Mitgliederversammlung statt, mit der Tagesordnung: Entgegennahme der Beiträge; Abrechnung vom 4. Quartal 1902; Wahl des Boten, der Bevollmächtigten und der Kontrollleure; Verschickens. Von dem Kassierer A. Eggerling wurde die Abrechnung verlesen, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Vote wurde Kollege H. Weber gewählt. An Stelle des 1. Bevollmächtigten H. Bötcher wurde der Kollege H. Uebe, als 2. Kollege A. Eggerling und als 3. Kollege Paul Weinert gewählt. Zu Kontrollleuren wurden die Kollegen L. Gulschmann, A. Wasse und W. Mieleke ernannt. Unter Verschiedenem wurde über die diesjährige Generalversammlung gesprochen. Nach kurzer Debatte wurde Kollege W. Mieleke für den 37. Wahlkreis als Delegierter aufgestellt. Wir bitten die Kollegen der Zahlstellen des 37. Wahlkreises, doch ihre Stimmen auf denselben zu vereinen. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, daß die nächste Versammlung, welche am 7. Februar stattfindet, besser besucht werden möchte als bisher, denn es ist ein beschämendes Bild, wenn von ca. 80 Mitgliedern nur 10 bis 15 zur Versammlung erscheinen. Wir bitten die Kollegen der Zahlstelle Seesen, dieses beherzigen zu wollen und zahlreicher zu erscheinen.

Würzburg. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung wurde zu folgender Tagesordnung Stellung genommen: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Stellungnahme zur Generalversammlung; 3. Kartellbericht; 4. Bericht der Agitationskommission. Zum ersten Punkt verlas Kollege A. Schmidt die Abrechnung vom 4. Quartal; da die Kontrollleure diese für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bezüglich des zweiten Punktes erteilte Kollege Kraus dem Kollegen W. Herrmann das Wort. In kurzen Worten wies der Redner auf die Bedeutung der diesjährigen Generalversammlung hin, betonte, daß die ausnahmweise frühe Einberufung durch die in letzter Zeit entstandenen Differenzen mit anderen Körperschaften, wie Zentral-Krankenkasse und Zigarrenfortierverband zur Notwendigkeit geworden sei. Die provisorisch aufgestellte Tagesordnung könne er heute nicht genügend erläutern, behalte es sich aber vor, zu den verschiedenen Punkten für später präzisere Stellung einzunehmen. In der darauf folgenden Diskussion, an welcher sich Kraus, Bauer, Hug, Hoogmann, Hemmerich beteiligten, kam zum Schluß die Auffassung zur Geltung, bezüglich der provisorischen Tagesordnung eine weitere Versammlung stattfinden zu lassen, um verschiedene Fragen eingehender beraten zu können. Dem Vorschlag des Kollegen Kraus, schon heute einen Delegierten in Vorschlag zu bringen, wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Einige Kollegen, die vorgeschlagen, verzichteten zu Gunsten des Kollegen Herrmann; nunmehr fordert Kollege Kraus auf, bei der stattfindenden Wahl vollzählig zu erscheinen; Herrmann dankt für das

Vertrauen und jagt, daß er, wie auch andere in Betracht kommende Kandidaten, jeder das Beste des Verbandes im Auge hätte. Zum dritten Punkt erteilte Kollege Hug den Kartellbericht. In ausführlicher Weise beleuchtete er die leider unerquicklichen Vorgänge in den letzten Kartellversammlungen, und glaubt, daß die mehr persönlichen Differenzen nicht zum Ausbau des hiesigen Kartells dienen. Kollege Bauer schließt sich diesen Ausführungen an, hingegen verlangt Kollege E. Schmidt, daß unsere Korporation nach all den Vorgängen aus dem Kartell auszuscheiden habe. Nunmehr nahm Kollege Herrmann als Kartellvorsitzender das Wort. Er führte aus: Trotzdem in letzter Zeit die Wogen hoch gingen und manches harte Wort gegenseitig geäußert wurde, so dürfe man sich doch nicht durch persönliche Empfindungen leiten lassen, um ein aufgebautes Werk, wie das bestehende Kartell, durch Austritt der Gefahr der Auflösung auszuweichen. Die Bewegung müsse über den Personen stehen, nur auf diese Weise könne ein weiterer Erfolg zu Gunsten der Gesamtbewegung eintreten, deshalb bitte er, den Antrag Schmidt abzulehnen. Im gleichen Sinne äußerten sich A. Schmidt, Weiber, Bauer, Grütgens. Hierauf wird der Antrag zurückgezogen. Kollege Hug wünscht, daß man ihn seines Amtes als Delegierter entheben möchte, auf Zureden behält er das Amt bis auf weiteres. Punkt 4 wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Nach einem Appell des Bevollmächtigten, die nächste stattfindende Versammlung recht zahlreich zu besuchen, wurde die sehr anregende Versammlung geschlossen.

Für die streikenden Tabakarbeiter der Firma Kespohl u. Gronemeier gingen folgende Gelder ein:
Kartellkasse Detmold 20.—, Organisierte Schneider Detmold 8.50, Organisierte Schuhmacher Detmold 1.50, Gesammelt auf Listen durch R. R. 2.40, Durch Fr. Schumacher 3.—, Auf Listen 20.—, Tabakarbeiter Apolda 2.—, Vom Verein der Kupferschmiede, Bielefeld 5.—, Zentralverband der Maurer, Bielefeld 20.— Mk.
Allen Gebern besten Dank. Weiteren Sendungen sieht entgegen, da der Streik unverändert fortandert.
Derlinghausen, den 9. Januar 1903.
Adolf Drewes, Welscheweg.

Briefkasten.

G. C., Nordhausen. Unbrauchbar.
G. L., Freiberg. Ob die Löhne der Zigarrenmacher in Freiberg oder Frankenberg höher stehen, können wir nicht ohne weiteres beantworten. Genaue Auskunft hierüber könnte nur nach einer gründlichen Erhebung in beiden Orten gegeben werden. Dabei kommt nicht nur die ziffermäßige Lohnhöhe, sondern auch die Qualität der hergestellten Sorten, die mehr oder minder schwerer zu arbeitende Form, das Arbeitsmaterial, die verlangte Sauberkeit der Arbeit u. in Betracht. Auch wird der Lohn in den einzelnen Fabriken unterschiedlich gezahlt; das alles will verglichen sein.

Vereinstell.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Altenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: A. Hanisch, Dresden-N., Königsbrücker Str. 41, IV.
Eingegangen: Reilingen 150 Mk., Ottenjen 300 Mk., Zuschüsse: Braunschweig 800 Mk., Fendelheim 100 Mk., Löttau 100 Mk., Goldberg 150 Mk., Ostersheim 100 Mk., Gafstedt 150 Mk., Berlin I 400 Mk., Delmenhorst 300 Mk., Sorau 100 Mk., Neulufheim 300 Mk., Görlitz 200 Mk., Hochhausen 40 Mk., Wiebrich 75 Mk., Neustadt 50 Mk., Hanau 75 Mk., Nied 50 Mk.
Krankengeld: 102.10 Mk.
Hamburg, den 12. Januar 1903. **H. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.
Für den Ausbruch bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meißner**, Hannover, Lange Str. I, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Nach § 7 Abs. 1 gefirichten: **Ernst Lorke**, **Anna Lorke geb. Renda**, **H. Neuwirth**, **Mathilde Neuwirth geb. Meyer**, **S. Willig**, **Felix Vormanofsky**, sämtlich zur Zeit in Bremen.

Das auf den Namen **Otto Köhl** aus **Burg b. Magdeburg** lautende Buch, Ser. II, 22060, sowie zwei auf denselben Namen lautende Mehrbeitragskarten sind gestohlen worden. Im Vorzeigungsfalle sind Buch und Karten zu konfiszieren und an uns einzusenden. **Bremen. Der Vorstand.**

Vom 6. bis 12. Januar 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
5. Januar. Pirna	180.—
5. Seiffennersdorf	100.—
6. Würzelen, N. R.	3.—
6. Frankenhäuser a. Kyffh.	100.—
7. Gr.-Müden	49.—
7. Hanau	70.—
8. Leipzig	50.—
8. Ohlau	100.—
8. Emmendingen	65.—
9. Burgdam	130.—
10. Pöppel	20.—
10. Nordhausen	10.85
11. Mühlberg a. E.	30.—
11. Löttau i. S.	200.—
11. Bischofswerda	103.—
11. Waizen	100.—

B. Freiwillige Beiträge:
5. Januar. Seiffennersdorf, E. Gastmann 5.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Eruche die Herren Abfinder, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen, den 12. Januar 1903. **W. Nieder-Welland**, Kassierer, Marktstraße 18, II.

Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. (Sitz Bremen.)

4. Quartal 1902.	
Einnahmen:	
Oktober.	
Raffenbestand am 1. Oktober 1902	7196.89
An Beiträgen und Quittungsbüchern	11444.38
zurückgezahlten Geldern	45.85
freiwilligen Beiträgen	25.70
Annoncen	4.90
Broschüren	6.60
Abonnement für den Tabak-Arbeiter	—50.—
Summa	18724.82
November.	
An Beiträgen und Quittungsbüchern	4677.67
zurückgezahlten Geldern	26.65
freiwilligen Beiträgen	310.—
Annoncen	4.60
Summa	5018.92
Dezember.	
An Beiträgen und Quittungsbüchern	4388.55
zurückgezahlten Geldern	58.40
Annoncen	—60.—
freiwilligen Beiträgen	120.15
Strafen	2.—
Summa	4564.70

Ausgaben:

Oktober.

An Verwaltungskosten:	
a) persönliche	498.30
b) sächliche: Bureaukosten, zc.	87.52
Porto und Schreibmaterialien	128.57
Abonnements	—55.—
Drucksachen zc.	394.—
Summa	610.64
An Agitationskosten	16.90
Abonnement für den Tabak-Arbeiter	5939.04
Darlehen zurückgezahlt	6500.—
Zuschuß an die Zahlstellen	1586.41
Summa	15101.29

November.

An Verwaltungskosten:	
a) persönliche	450.—
b) sächliche: Bureaukosten	12.72
Porto und Schreibmaterialien	56.46
Drucksachen zc.	175.60
Summa	244.78
An Agitationskosten	187.50
Zuschuß an die Zahlstellen	2052.30
Summa	2884.58

Dezember.

An Verwaltungskosten:	
a) persönliche	458.—
b) sächliche: Bureaukosten	32.10
Porto und Schreibmaterialien	36.75
Abonnements	9.77
Summa	78.62
An Agitationskosten	8.80
Zuschuß an die Zahlstellen	2510.—
Beitrag an die Generalkommission	1398.40
Summa	4453.82

Bilan:

Gesamteinnahme	21111.55
Gesamtausgabe	15939.69
Mithin eine Mehreinnahme von	5171.86
Raffenbestand am 1. Oktober 1902	7196.89
Mehreinnahme im 4. Quartal 1902	5171.86
Summa	12368.75
An Darlehen zurückgezahlt	6500.—
Bleibt Raffenbestand am 31. Dezember 1902	5868.75

Revidiert durch die Revisionskommission:
Franz Alting. Albin Fiedler. August Menz.
Bremen. **Der Vorstand.**
W. Nieder-Welland, Kassierer.

Als Delegierter zur Generalversammlung in Dresden wurde vorgeschlagen:

In **Breslau:** Für den 5. Wahlkreis Kollege Wilhelm Wodczicka. Wir empfehlen, ihm die Stimme zu geben.
In **Pirna:** Für den 9. Kreis Kollege Emil Baum. Die Zahlstellen vom 9. Kreis mögen hievon Notiz nehmen.
In **Dahme:** Für den 18. Wahlkreis Fritz Zwiebler.
In **Neu-Ruppin:** Für den 22. Wahlkreis Albert Schulz.
In **Frankfurt a. O.:** Für den 19. Wahlkreis Franz Klawe.
In **Schorndorf i. Württemberg:** Für den 57. Wahlkreis Gottlieb Kallinger.
In **Würzburg:** Für den 56. Wahlkreis Wilhelm Herrmann.
In **Bruck:** Für den 56. Wahlkreis Ludwig Köhler.
In **Seesen:** Für den 37. Wahlkreis Wilhelm Mieleke.
In **Löttau:** Für den 8. Wahlkreis Ernst Böhmer.
In **Nordhausen:** Hugo Eberle und Ernst Blafed.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Greiffenberg:** Joh. Niering als 2. Bev.; Wilh. Schneider, Max Gärtner als Kontrollleure.
Für **Lübtheen:** Herm. Burstein als 1. Bev.; Alex. Gassen als Kontrollleure.
Für **Orsoy:** Robert Tempel als 1. Bev.; Joh. Sluyter als 2. Bev.; Theodor Rathauer als 3. Bev.; Otto Ballinger, Wilh. Feuer, Heinr. Häße als Kontrollleure.
Für **Seesen:** Herm. Uebe als 1. Bev.; August Eggerling als 2. Bev.; Paul Weinert als 3. Bev.; W. Mieleke, A. Wasse, L. Gulschmann als Kontrollleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Richard Grunnert aus Johann-Georgenstadt. (379)
Wilhelm Speiser aus Bödingen, Karl Maier aus Ostelsheim, Karl Krämer aus Hambrücken. (198)
Aug. Uedermann aus Gronde, Wilh. Nottbohm aus Gollensbach, Wilh. Müller aus Merghausen (z. R.), Aug. Grauert aus Hellental, Karl Baumann (z. R.), Heinr. Dörries, Wilh. Grube aus Merghausen, Wilh. Mues aus Matensen. (42.)
Luise Jiller aus Dresden, Paul Grüber aus Pirna. (67)
Ernst Sühning aus Schwedt a. O. (335)
Heinrich Bollrath, Adam Bollrath aus Reinheim, Philipp Weiner, Leonhard Born aus Fr.-Crumbach, Peter Müller, Adam Trautmann aus König, Johann Kempf aus Mümling-Crumbach. (112)
Olga Kademann aus Döbeln. (298)
Wilhelm Binger aus Wuthenow (z. R.). (247)
Otto Hörig aus Rastenberg. (427)
Franz Fleck und Marie Grasse aus Neudamm. (459)
Joseph Kremer aus Rheindt und Joachim Moberg aus Gangelst. (288)
Otto Schlichter und Albert Land aus Frankfurt a. O. (101)
Julius Otto aus Glauchau (z. R.). (54)
Heinrich Driesel aus Güstrow, Jakob May aus Köln a. Rh., August Markau aus Seubendorf, Frau Neumann geb. Tendeler aus Bremen. (34)
May Busowski aus Schwerin a. W. (317)
Barbara Hartmann aus Marktbräu, Luise Behr aus Friesenheim, Anna Gängler aus Kürzell, Georg Kraus aus Würzburg, Andreas Keller und Gretchen Lügenburger aus Versbach. (377)
Katharina Biegler und Elisabeth Hasselbacher aus ? (15)
Jakob Ternekas, Jakob Hartmann aus Fußgönheim. (257)
Joh. Marquardt aus Nürtingen. (150)
May Troll und May Reich aus Johanngeorgenstadt. (169)
Karl Schiel aus Neustadt (z. R.). (328)
Wilhelm Mittelmann aus Ober-Wieden, Franz Dallmer aus Oberhausen, Frau Anna Bruder aus Teufental (Schweiz). (313)
Karl Hulze aus Genthin. (32)
J. Großweid, W. Müller, beide aus Augsburg, M. Ruffen aus Pforze. (5)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Sauhen:** Bei Ernst Richter, Dornschabel 10, II. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags.
In **Muskau:** Bei Wilhelm Schmidt, Markt Nr. 8. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags. — Das Aufenlassen aus der Fabrik ist verboten.
In **Weißeln:** Durch Ernst Schuster, Ischellaer Str. 32.
In **Orsoy:** Durch Robert Tempel, Binsheimer Straße 16.
An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.
In **Seesen:** Durch H. Uebe, Jakobstr. 188. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen 12—1 Uhr mittags.
In **Weißfels:** Bei Herm. Koch, Schützenstr. 46, part. An

Wochentagen von 8—11 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags.
An Sonn- und Festtagen von 8—11 Uhr vormittags.

Adressenänderung:

Für Orsoy: Der 1. Bev. Robert Tempel wohnt Binsheimer Straße 16.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Cüstrin:** Sonntag, den 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Hugo Kapinski, Forststr. 16. — Die Mitglieder wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen. **F. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Dresden:** Sonntag, den 18. Januar, Vormittags 11 Uhr, in Weipers Gasthof (Dresden-Bieschen). Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der nächsten Generalversammlung. 2. Gewerkschaftliches. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Einberufer.
In **Gera:** Sonntag, den 18. Januar, Nachmittags 1/3 Uhr, bei Herrn Fiedler (Löwenburg), Schmiedbüttenstraße. Tagesordnung: 1. Reorganisation des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands. 2. Referent: A. Faure-Bremen. 2. Wahl eines Komitees zur Ausarbeitung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Holzhausen b. Pyrmont:** Sonntag, den 18. Januar, Nachmittags 2 Uhr, bei Frau Hundertmark. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. Referent: Kollege Klingenhöfen aus Herford. 3. Erhebung der Beiträge. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Hauhe:** Montag, den 19. Januar, Nachmittags Punkt 5 Uhr, im Restaurant Lehmann, Seminarstraße. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Siebrich:** Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, im Kaiser Adolf. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes. — Die auswärtigen Mitglieder werden ersucht, bis dahin ihre Beiträge an Christian Hoch, Wiesbadener Str. 11, zu senden.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Frankenberg:** Montag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Stadtpark. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Unser diesjähriges Stiftungsfest. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Kartellbericht. Wahl der Kartelldelegierten. 5. Vereinsangelegenheiten. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Waldheim:** Montag, den 19. Januar, Abends 1/9 Uhr, in Junghans' Restaurant. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Chemnitz:** Sonnabend, den 24. Januar, Abends 9 Uhr, in der Wartburg, Hauptstraße. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Es wird gebeten, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen, da es sich auch um das Versammlungslokal hierfür handelt. — Die hieher steuernden Kollegen wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen, ebenso die hiesigen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Cönnern:** Sonnabend, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant z. goldenen Bügel, Große Freiheit. Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht. — Beitragsreste sind bis Sonnabend den 17. Januar an Kollegen Lathan zu entrichten.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Hann.-Münden:** Sonnabend, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Anter. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Generalversammlung in Dresden betr. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Augsburg:** Sonntag, den 25. Januar, im Scharner Godel. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Auch die Beiträge wolle man bis dahin begleichen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Bielefeld:** Sonntag, den 25. Januar, im Lokale des Herrn Ballmeier, Webereistraße 5. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht 1902. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung. 4. Neuwahl der in Voranschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Wahl der Kartelldelegierten. 5. Verschiedenes.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Bruck b. Gelangen:** Sonntag, den 25. Januar, Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal 1902. — Es werden die Mitglieder ersucht, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Buttstädt:** Sonntag, den 25. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im Gasthaus zu Erholung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Voranschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Anträge zur Generalversammlung. Die auswärtigen Kollegen der Zahlstelle Buttstädt werden hierzu freundlichst eingeladen. — Bitte die Mitglieder, bis dahin ihre Beiträge zu entrichten.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Johannegeorgenstadt:** Sonntag, den 25. Januar, Nachmittags 8 1/2 Uhr, in der Wartburg. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Feier des 15. jährigen Stiftungsfestes.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Oggersheim:** Sonntag, den 25. Januar, im Lokale des Herrn Nikolaus Dneva (Zum Feischbüchlein). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Wahl der in Voranschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Nieder-Salzbrunn:** Sonntag, den 25. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in Salzbrunn, im Gasthof zum Gambrinus. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl eines in Voranschlag zu bringenden Vertrauensmanns. 3. Verschiedenes. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.
F. A.: Der Vertrauensmann.

In **Berlin:** Mittwoch, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1902. 2. Stellung von Anträgen zu der am 28. März d. J. zu Dresden stattfindenden Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gleichzeitig ersuchen wir auch diejenigen Mitglieder, welche Anträge zu stellen gedenken, dieselben — wenn möglich — vorher an die Bevollmächtigten einzureichen.
F. A.: Die Bevollmächtigten.

In **Clausthal:** Sonnabend, den 31. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof S. Braunschweig. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Wahl der in Voranschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Potsdam:** Sonnabend, den 31. Januar, Abends 9 Uhr, im Verbandslokal bei Wm. Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder mögen bis dahin ihre Beitragsreste begleichen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

Hildesheim. Den Kollegen der Zahlstelle Hildesheim u. Umg. zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 24. Januar, die Abrechnung vom 4. Quartal stattfindet und ersuchen die Kollegen, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

Leipzig. Der Vertrauensmann Gustav Lehmann wohnt Leipziger Platz 19, IV. Reisunterstützung im Verkehrslokal, Kömischer Hof, Mittelstr. 11. Kassenabend jeden Sonnabend im Verkehrslokal. **F. A.: Der Vertrauensmann.**

Lübtheen. Die nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge umgehend einzusenden.
F. A.: Der Bevollmächtigte.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Nordhausen.
Sonnabend, den 24. Januar, Abends 7 1/2 Uhr
im Kristallpalast
Feier des Stiftungsfests
verbunden mit
Weihe der Verbandsfahne.
Hiezu ladet alle Kollegen und Kolleginnen freundlichst ein
Das Komitee.

Rohtabak - Handlung
OTTO URBAHN
Berlin N.O.18. Landsbergerstr. 79.

En gros. Rohtabak-Verkauf. En detail.
Grosse Auswahl in den verschiedensten Sorten und Sortierungen schöner Sumatra, Borneo, Java, Havanna, Mexiko, Cuba, St. Felix, Seedleaf, Domingo, Carmen und echten alten 1900er und 1901er Kermärker Tabaken.
Ganz besond. mache ich auf folgende Tabake u. Preise aufmerksam
Sumatra, ganz hell, feine Farben u. Brand, Vollblatt, deckt 1 1/2 Pfd. à Pfd. 250
Borneo, hell und hellbraun, schneeweißer Brand, Vollblatt, 2. Länge, à Pfd. 200
Sumatra, 2. und 3. Vollblattlängen, zart und schöner Brand à Pfd. 180—250
Sumatra, 1. u. 2. Vollblattlängen, ganz hervorragende Marke u. selten schöne Farben, Brand u. Qualität hellbraun u. ganz hell à Pfd. 250—450
Havanna, Umblatt und Einlagen, feine (Vuelta) à Pfd. 175—250
Cuba u. Mexiko, Einlagen, Umblatt und Deckblatt à Pfd. 150—250
Java, Umblatt (Vezofi), leicht, großblättrig, fast alles Deckblatt, schneeweißer Brand à Pfd. 125
St. Felix Cruz u. Almas, Umblatt, Einlage u. Deckblatt 100—140
Carmen, Umblatt, kastanienbraune Farben, großes, zartes Umblatt 100—120
Wickelformen, gebrauchte und neue, moderne Fassons per Stück 40—120
Prima Losgut, rein und gesund, aus keinen Wasser- od. Brandbeschädigungen 80—90
Havanna Deckblatt, Ia. 600

En gros. Billige Rohtabake! En detail.
Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425, Brasil 188-230, Java 90-840, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125, Los-Gut, rein amerik., fernsegesund (Anfarbeiter!) 80. Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtsbahnhof 15.

Jeder!
fordere sich sofort unsere neue Preisliste 22, muß unbedingt jeder lesen. Enthält sämtliche Artikel mit ca. 1000 Abbildungen für die Cigarrenfabrikation!
Zusendung erfolgt kostenlos sofort! Größtes Cigarren-Wickelformenlager Deutschlands.
Jedes Façon stets am Lager. Preis der Formen: Originalfabrikpreis!
Größtes Rohtabak-Lager!
Deutsche sowie amerikanische Tabake! Unstreitig erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche. Jeder vergleiche unsere Preise mit anderen Preisen! Unstreitig ohne Konkurrenz!
Besonders zu empfehlen:
Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.05 Mk.
Sumatra Umblatt, viel Decken enthaltend, per Pfund verz. 1.30 Mk.
Sumatra Studblatt, leicht bedend, schneeweißer Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 Mk.
Sumatra, 2. Länge, Vollblatt, hoch feine helle Farben, schneeweißer Brand, per Pfund verzollt 3.10 Mk.
Gute Kermärker Einlage à 70 Pfg. per 1/2 Kilo.
Außerdem ca. 60 verschiedene Muster Sumatras.
Kreditgewährung nach Uebereinkunft. Jeder fordere sofort Preisliste 22 ein.
L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24.
Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513 Telegramm-Adresse: Formencohn Berlin

Rohtabak.
Alle Sorten in- und ausländischen Tabak liefert billigst
Hermann Helmbold
Mühlhausen i. Th.
Zwei junge, tüchtige Zigarrenmacher suchen auf sofort oder in acht Tagen annehmbare Arbeit. Offerten erbeten an den 1. Bevollm. H. Uhde in Seesen, Jakobsonstraße 138.

Achtung!
Ich fordere die beiden Kollegen, die vom 8. bis zum 15. Dezember v. J. in Münchhof a. S. gearbeitet haben, mit Namen **Alb. Andres** aus Sandow, Kreis Kottbus, und **Karl Thiel** aus Rawitsch, auf sich mit dem 2. Bevollmächtigten **Karl Probst** in Münchhof am Garz in Verbindung zu setzen. Zugleich bitte ich die Bevollmächtigten, wo dieselben Reiseunterstützung erhoben haben oder wo sie jetzt in Arbeit getreten sind, mir Mitteilung sofort zuzustellen.
Karl Probst, 2. Bevollmächtigter Münchhof am Garz.

Achtung!
Adolf Kaupp aus Br.-Minden, um Deine Adresse bittet wegen Erbbaurechtsangelegenheit Dein Bruder **Hermann Kaupp**, Bremerhaven, Lange Str. 37.
Hermann Bucher aus Laufen, wo steht Du? Um Deine Adresse bittet Dein Freund **Bernh. Arentzen**, Würzburg, Wagnerstr. 13, III.
Hjalma Petschke aus Waimb, um Deine Adresse bittet Dein Freund **Aug. Weyer**, Würzburg, Wagnerstr. 13, II.

Code-Anzeigen.
Am 28. Dezember 1902 starb nach langem schwerem Leiden **Oskar Alrich** im Alter von 21 Jahren. Er war Mitglied beider Kassen.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Sülchau.**

Am 5. Januar 1903 starb unser Verbandsmitglied **Fritz Appel** aus Vochum, 22 Jahre alt, an der Berufsfrankheit im hiesigen Krankenhaus.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Zahlstelle Hannover.**

Am 9. Januar 1903 verstarb nach schwerem Leiden das langjährige Mitglied und 2. Bevollmächtigter **Robert John** aus der Fischergasse im Alter von 41 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitgliedschaft von Weizen.**

Roh-Tabake!
Sumatra-Decker Vollbl. 2. Länge 1.40 Mk. 4.— Mk.
Domingo FF 85
Sumatra-Umblatt 100
St. Felix Decker 1.40 Mk. 1.80 Mk.
St. Felix Einlage 85 bis 95
Havanna Vuelta-Einlage 100 bis 160
Carmen-Umblatt 75 bis 85
Seedleaf-Umblatt 85
Java-Umblatt mit Einlage 85 pr. Pfd.
Kerngesund sehr blattiges Losgut 70 Pfg. pro Pfd. Preise verzollt, Versandt gegen Nachnahme.
Johannes Pippert junior, Bremen VI.

F. Reil, Bremen
Weizenlampstraße 187
Rohtabak-Handlung.
Sumatra Deck, per Pfd. 160, 180, 200, 220 u. 250. Gemischtes Loses Gut, gesund, bestehend aus nur überfeinsten Tabaken, als Einlage und Umblatt aufarbeiten, per Pfd. 70. Seedleaf Umbl., per Pfd. 85. Carmen, per Pfd. 70, 75, 80. St. Felix Brasil, per Pfd. 75, 85, 95, 100, 110. Die Preise verstehen sich verzollt ab Bremen.
Patent-Einroll-Spitzen!
Sanitas
Von 3 bis 4 Mk. per 1000 Stück an. Proben gratis!
Zeiss & Comp., Königsee-Egelsdorf (Thür.)
Emil Neuhaus, um Deine Adresse bittet Dein Onkel **H. Neuhaus**, Weiskensfeld.

Zigarren-Fabrik
kleineren Umfanges, 16 Jahre bestehend, 5—7 Arbeiter beschäftigend, mit schönem Grundstück, Garten und Laden (Detailverkauf), in einem verkehrsreichen Orte und besserer Lage Sachsens, ist nur krankheitshalber mit vollständigem Inventar und guter Kundschaft baldigst zu verkaufen. Anzahlung nach Uebereinkunft. Sichere und gute Erfindung. Bahnverbindung nach allen Richtungen. Offerten unter **H. 501** an die Exped. d. Bl. erbeten.
Kleine, flottgehende Zigarrenfabrik
ist sofort zu verkaufen. Großer und zahlungsfähiger Kundenkreis vorhanden. Zur Uebernahme 5—600 Mk. erforderlich. Offerten unter **F. M.** an die Exped. d. Bl.
Ia. Gruss: amerikan. 40, großer deutsch. 50, dopp. Ia. Carmen 1.10, Losgut inkl. Brasil 80, bin. Sumatra extra bill. offeriert Kemmler Ngr., Breslau 6.
Georg Sauerwein, Zigarrenfabrik Halle a. S., kleine Marktstr. 18, I.
Ein tüchtiger, junger Zigarrenarbeiter, welcher in der Tabak-Industrie eingearbeitet ist, die Buchführung versteht und selbständig arbeiten kann, sucht sofort Stellung, event. will ich Kommissionsarbeit hier am Plage übernehmen, da ich noch mehr Leute sehen kann. **F. W. Hain**, Apolda i. Th., Jägerstraße 48.

Ricklasten.
Verbandsinterate müssen gekemmt sein. — andere Interate sind soher zu bezahlen. Bei Einlieferung der R. Interate ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.
G. A., Weiskensfeld 80 — **G. E., Halle 40** — **D. A., Bremerhaven 50** — **W. F., Burgsteinfurt 50** — **F. M., Wittenberg 70** — **W. A., Würzburg 40** — **A. W., Würzburg 30** — **W. D., Sierbertswitz 40** — **W. B., Sierbertswitz 40**

Zur Vereinigungsfrage!

Nachdem nun das neue Statut der Centralfrankenkasse Deutschlands voraussichtlich die behördliche Genehmigung erhalten wird und die Urabstimmung im Deutschen Tabak-Arbeiter-Verband mit erheblicher Majorität die obligatorische Einführung der Zuschüsse beschlossen hat, stehen die Tabak-Arbeiter Deutschlands vor der nicht schönen Alternative, zwei sich gegenseitig bekämpfende Zuschußklassen zu haben. Trotzdem die umgewandelte Centralfrankenkasse auf die Dauer existenzfähig ist, wird wohl von Seiten ihrer Mitglieder ein Kampf gegen den Verband geführt werden, der auf die Auswahl keiner ehrlichen Mittel schließen läßt.

Einen kleinen Vorgeschmack derselben hat ja auch schon die Generalversammlung zu Mannheim gegeben. Sätte die Generalversammlung Beschlüsse gefaßt, die es jedem Tabak-Arbeiter ermöglichen, Mitglied derselben zu werden, so hätten die Delegierten wenigstens einen Schein des Rechts, zu sagen: „Verband für sich und Krankenzuschußkasse für sich.“ Was hat aber die Mehrzahl der Delegierten? Sie verringerten die Möglichkeit, Mitglied zu werden und strichen § 4, der es anderen Klassen ermöglichte, sich der Centralfrankenkasse anzuschließen. Anstatt demnach Mittel und Wege zu suchen, eine Vereinigung mit dem Verbande, der nach beschlossener obligatorischer Einführung der Zuschußkasse das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, die alleinige Institution zu sein, die allen Tabak-Arbeitern Gelegenheit gegeben hat, sich in Krankheitsfällen mit einem Zuschuß zu versichern, benutzte sie jede Gelegenheit, Vorwürfe und Verleumdungen gegen den Verband zu schleudern, die ich bis dahin von aufgeklärten Arbeitern, geschweige von Kollegen, die im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehen wollen, für unmöglich gehalten hätte. Ja, dieses thut man noch mit der Versicherung, „gute Gewerkschaftler“, „ehrliehe Verbandsmittglieder“ und dergleichen mehr zu sein. Trotz der Thatsache, daß einige Delegierte anwesend waren, in deren Zahlstellen kein Kollege Verbandsmitglied ist, stellen doch verschiedene dieser organisierten Delegierten u. a. die Behauptung auf: „Der Verband „kann“ wohl Unterstützung gewähren, gewährt sie aber nicht!“ Auf die Bedeutung des im Statut des Verbandes stehende Wörtchen „kann“ aufmerksam gemacht und nach ergangener Aufforderung, doch Fälle zu nennen, wo der Verband sich auf Grund des Wörtchens „kann“ der Auszahlung von Unterstützung entzogen habe, schwieg man sich wohlweislich aus.

Von den meisten Delegierten wurde stets behauptet, die Urabstimmung des Verbandes habe die Meinung der Mitglieder verwirrt. Mir will es scheinen, daß gerade die meisten Delegierten die verwirrtesten waren und soweit sie vielleicht noch nicht vor der Generalversammlung verwirrt waren, dort durch das fortwährende Herumreiten auf dem Hauptvorstand des Verbandes resp. auf demselben selbst verwirrt wurden. Sonst kann man sich doch die Stellungnahme verschiedener Delegierten nicht erklären. Denn in welcher Lage hat die Generalversammlung die Kollegen gebracht? Den organisierten Mitgliedern der Centralfrankenkasse sicherlich keinen Vorteil. Denn mir als Mitglied ist es einerlei, wo ich meine Beiträge bezahle, und ich bezahle doch lieber da, wo ich die meisten Leistungen erhalte, und diese gewährt doch sicherlich der Verband, der bei dem Obligatorium mehr leisten kann als eine für sich marschierende, mit den größten egoistischen Anschauungen ausgestattete Centralkasse. Stichhaltige Gründe kann man für das Verhalten derselben nicht anführen, außer dem der Fürsorge für die nicht organisierten Mitglieder, deren sich die „aufrichtigen Gewerkschaftler“ und „ehrliehe Verbandsmitglieder“ so warm angenommen haben, trotzdem kein Delegierter die Behauptung aufgestellt hat, daß in seinem Wahlkreise Kollegen sind, denen es von Seiten der Fabrikanten unmöglich gemacht ist, Verbandsmitglied zu sein. Es giebt meines Erachtens keinen Grund zu ihrer Verteidigung.

Sollte wirklich ein Gesetz angenommen werden, das den Gewerkschaften den Garaus machte, was liegt dann näher, als daß die Zuschußkasse, deren Einnahme und Ausgabe sowieso getrennt von den Verbandsgeldern geführt wird, vom Verbande losgelöst wird und die Mitglieder hätten nicht den geringsten Nachteil. Während jetzt die Centralfrankenkasse sowieso ihrem Ende entgegensteht, wie selbst eine große Zahl Delegierte in Mannheim ausführten, macht sie nur dem Verbande Konkurrenz und namentlich in den Gegenden, wo es sehr notwendig wäre, daß der Verband festen Fuß faßt. Sieht man sich z. B. das Zahlstellenverzeichnis der Centralfrankenkasse an, so muß man staunen, daß in Orten, wo 300—450 Mitglieder sind, die, nebenbei gesagt, nach der Abstimmung der Delegierten zu urteilen, auch ein Bedürfnis nach einer Zuschußkasse haben, kein Verbandsmitglied ist. Den Grund hat ja auch Kollege D. Sidow so treffend vor ungefähr 2½ Jahren, als es sich um Einführung der Arbeitslosenunterstützung handelte, dargelegt. Leider, als sich in Mannheim die Gelegenheit bot, für den Verband, der sich mit einer sehr notwendigen Unterstützungsform ausgestattet hatte, zu agitieren, suchte er die Vereinigung mit allen möglichen Mitteln zu bereiteln.

Kollegen! Wie aus dem letzten Tabak-Arbeiter ersichtlich ist, soll nun bald die nächste Generalversammlung des Verbandes stattfinden und ihr auf dem Fuße wird wohl auch die Einführung des Obligatoriums folgen. Sache der organisierten Mitglieder der Centralfrankenkasse ist es nun, dafür Sorge zu tragen, daß bis dahin eine Einigung zu stande kommt. Denn nach Einführung des Obligatoriums im Verbande werden wohl die organisierten Mitglieder keinen namhaften Einfluß auf die Centralfrankenkasse mehr haben. Die meisten werden sich doch gleich im Verbande so hoch versichern, wie es ihren Verhältnissen entspricht, und nicht einer Marotte wegen Mitglied zweier Klassen bleiben. Leider giebt es in der Centralfrankenkasse keine Urabstimmung; es müssen demnach andere Wege gesucht werden.

Agitiere ein jeder bis dahin mit der Parole, welche die Arbeiterbewegung bis jetzt immer vorwärts getrieben hat: Einigkeit macht stark!

Berden, 4. Januar 1903.

Herm. Fröhlich.

Zum Kampf des Vorstandes des Tabak-Arbeiter-Verbandes gegen den Sortiererverein.

II.

Die Forderung der Sortierer, sobald an einem Orte eine größere Zahl ihrer engeren Kollegen organisiert ist, selbständige Zahlstellen — richtiger ausgedrückt, besondere Fachsektionen bilden zu dürfen, kennt der Vorstand „thöricht“ und „albern“!

Der Vorstand hat vielleicht keine Ahnung, daß, wenn seine Behauptung zutreffend wäre, diese Prädikate auch auf die Organisationseinrichtungen der größeren Centralverbände in Deutschland angewandt werden müßten. Nehmen wir zunächst den Metallarbeiterverband.

In § 18 des Statuts desselben heißt es: „Wo die örtlichen Verhältnisse es geboten erscheinen lassen, können an ein und demselben Orte mehrere Verwaltungsstellen oder Fachsektionen errichtet werden.“

Nach § 15, Abs. 3, soll bei der Wahl der Beisitzer zum Centralvorstand möglichst Rücksicht auf die verschiedenen Branchen der Metallindustrie genommen werden.

Dieselbe Rücksicht wird nach dem mir vorliegenden Ortsstatut der Verwaltungsstelle Hamburg bei der Wahl der Ortsverwaltung genommen.

Die Erledigung und Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen bleibt den einzelnen Branchen überlassen. Wenn andere Berufe hierbei in Frage kommen, sind dieselben zu Räte zu ziehen. Auch steht der Ortsverwaltung das Recht zu, in allen Angelegenheiten mit zu beraten und zu beschließen. Jeden Monat muß die Ortsverwaltung eine Sitzung mit den Vertrauensleuten der einzelnen Branchen abhalten.

Die Abhaltung von Branchenversammlungen bleibt den einzelnen Branchen überlassen.

Mit Genehmigung des Vorstandes und Ausschusses können Berufskongresse abgehalten werden, die Kosten derselben trägt die Verbandskasse.

Nach § 8, Abs. 2, ist, sobald eine Fachsektion über 3000 Mitglieder hat, nicht einmal die Genehmigung des Vorstandes erforderlich für ein selbständiges Handeln bei Streiks und Ausperrungen.

Auch im Holzarbeiterverband wird Rücksicht auf die einzelnen Berufsgruppen genommen. Nach § 62 des Statuts können an Orten, wo die Angehörigen der einzelnen am Verband beteiligten Berufe in größerer Zahl vorhanden sind, mit Zustimmung der Lokalverwaltung Sektionen gebildet werden.

Nach § 73 hat die Zusammenziehung der Centralverwaltung nach Möglichkeit aus Mitgliedern aller am Verband beteiligten Berufsgruppen zu erfolgen.

Und nun ein Beispiel aus unserem eigenen Gewerbe. Vor, während und nach dem Ausschluß haben Cigarren-Arbeiter und Sortierer in Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsbek eine gemeinsame Kommission zur Regelung von Lohn- und Arbeitsdifferenzen gebildet; dieselbe besteht heute noch. In ihr sind die Sortierer der Zahl der Berufsangehörigen nach im Verhältnis zu den Cigarrenarbeitern sehr stark vertreten, unangenehme Differenzen zwischen den Berufsgruppen sind in der Kommission nie zu Tage getreten. Das Zusammenarbeiten war immer ein durchaus harmonisches. Trotz der selbständigen Zahlstelle der Sortierer in Hamburg geht die Sache ganz famos.

Auch in der Gewerbeordnung für das deutsche Reich befinden sich derartige „thörichte“ und „alberne“ Bestimmungen, nach welchen Rücksicht auf die einzelnen Berufsgruppen zu nehmen ist.

§ 134 h der Gewerbeordnung lautet: „Als ständige Arbeiterausschüsse im Sinne des Gesetzes gelten nur:

4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in der Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abteilungen des Betriebs erfolgen.“

Diesen Grundsätzen entsprechend ist z. B. auf besonderer Wunsch des Stadtrats in Frankenberg i. S. der Arbeiterausschuß der dortigen Fabrikfiliale der Tabak-Arbeiter-Gesellschaft gebildet aus zwei Cigarrenarbeitern, einem Cigarrensortierer, einer Wickelmacherin und einer Züchterin.

Man sollte eigentlich meinen, daß bei einer Organisation, bei welcher verschiedene Berufsgruppen in Frage kommen, eine Rücksichtnahme auf deren spezielle Interessen sich ganz von selbst versteht. Daß der Verbandsvorstand sich einem derartigen Verlangen vollständig ablehnend gegenüber stellt, ist im Interesse der Entwicklung des Verbandes äußerst bedauerlich. Das bisherige Verhalten der Verbandsleitung gegenüber den Sortierern läßt nicht hoffen, daß die Interessen der Sortierer mehr berücksichtigt werden, wenn dieselben ihre Organisation aufgeben und sämtlich dem Tabak-Arbeiterverband angehören. Anfänglich war vereinbart, daß die Sortierer bei Arbeitseinstellungen der Cigarren-Arbeiter sofort mit aufhören sollten, dagegen sollten die Cigarren-Arbeiter bei einem Streik der Sortierer erst dann die Arbeit einstellen, sobald Streikbrecher zu arbeiten anfangen. In Nordhausen wurde beschlossen: „Bei Arbeitsdifferenzen sollen vollständig gleichlautende Berichte an beide Organisationsvorstände gesandt werden und muß das beiderseitige Einverständnis der beiden Vereinsleitungen vorhanden sein, ehe solche Sache zur Vereinsache zu machen ist.“ Da die Leitung des Tabak-Arbeiterverbandes von Anfang an nicht ein einziges Mal dieser Bestimmung gemäß handelte, unterließ es dann auch selbstverständlich der Vorstand des Sortierervereins, sich mit dem Tabak-Arbeiterverband in Verbindung zu setzen. Auf Wissen und macht es deshalb einen ganz eigentümlichen Eindruck, wenn der Vorstand des Tabak-Arbeiterverbandes, für den der Sortiererverein stets Luft war, plötzlich von einer Verpflichtung der Sortierer redet, sich vor Beginn einer Arbeitseinstellung

mit den Tabak-Arbeitern zu verständigen. Die Verbandsleitung scheint als Repräsentant der Mehrheit nur Pflichten für die Minderheit zu kennen, wenn diese von einer gegenseitigen Verpflichtung redet, ist das „albern“ und „thöricht“.

Nach will den Streik bei der Firma Zühl in Pantow nicht ebenso ausführlich behandeln, wie dies der Vorstand in Nr. 50 des Tabak-Arbeiter thut, nur betonen möchte ich, daß trotz der Breite, womit der Fall erörtert wird, der Vorstand zwei wichtige Momente gänzlich vergessen zu haben scheint.

Erfstens hatten sich nämlich die Cigarrenarbeiter mit den Sortierern solidarisch erklärt und zweitens nahmen dieselben die Arbeit wieder auf, trotzdem die Plätze der Sortierer durch Streikbrecher besetzt waren. Veranlassung dazu war, wie damals Kollege Sperber an den Vertrauensmann der Sortierer schrieb: „Heute von unserem Ausschuß in Hannover Bescheid erhalten. Er lehnt es ab, für 5 Sortierer, welche Lohnforderungen gestellt, 90 weitere Arbeiter auf Wochen hinaus in den Ausstand zu drängen und vom Verband zu unterstützen.“

Dieses Schriftstück ist deshalb so charakteristisch, weil es in so drastischer Weise die ganze Situation grell beleuchtet — warum soll sich die Mehrheit wegen einer so kleinen Minderheit in Unkosten stürzen? Das klingt ganz plausibel; nur durfte sich die Minderheit mit Recht sagen: solange dieser Mehrheitsinteressenstandpunkt im Tabak-Arbeiterverband noch maßgebend ist, hat es für uns Cigarrensortierer keinen Zweck, dem Tabak-Arbeiterverband anzugehören.

Die ganze Brutalität des Mehrheitsstandpunktes dokumentiert der Vorstand in seinem dritten Artikel auch dadurch, daß er es als etwas ganz Ungeheuerliches betrachtet, daß sich die Rüstemaker und Bekleber anstatt dem Tabak-Arbeiterverband dem Sortiererverein angeschlossen haben. Der Vorstand irrt, wenn er glaubt, daß der Sortiererverein diese Berufsgruppe veranlaßt habe, demselben beizutreten. Das Gegenteil ist der Fall. Die Fertigmacher und Bekleber in einem Hauptort der Tabakindustrie erklärten auf die von dem Vorstand des Sortierervereins geäußerten Bedenken: Wenn Ihr unserem Antrage auf Aufnahme in Euren Verein nicht nachkommt, werden wir selbständig eine Organisation für uns gründen.

Nun dürfte doch wohl jedem das Eine klar sein, Bekleber und Cigarrenarbeiter haben beruflich wenig Berührungspunkte. Thatsache ist, daß bei allen größeren wirtschaftlichen Kämpfen an die Bekleber und Fertigmacher kein Mensch dachte und dieselben ruhig weiter arbeiteten. Dagegen darf nicht vergessen werden, daß in mehreren Orten ein großer Teil der Bekleber und Fertigmacher gelernter Sortierer sind, und daß für die Cigarrensortierer deshalb ein großes Interesse vorliegt, diese Berufsgruppe zu organisieren, um zu verhindern, daß aus derselben bei Streiks der Sortierer event. ihnen Streikbrecher erwachsen. Eigentlich sollte sich der Vorstand in Bremen doch freuen, daß auch diese bisher fast völlig indifferente Berufsgruppe zur Organisation herangezogen wird, denn zum Tabak-Arbeiter-Verband haben von derselben nur vereinzelte Ausnahmen gehört. Der Vorstand meint nun, der Sortiererverein könnte so nach und nach dazu kommen, sich zu einem allgemeinen Tabak-Arbeiterverband zu entwickeln. Ich kann dem Vorstand verraten, daß wenn bei dem Sortiererverein diese Absicht vorhanden gewesen wäre, er schon längst dazu Gelegenheit gehabt hätte — aber der Sortiererverein wollte keinen Konkurrenzverein organisieren. Würde man im Tabak-Arbeiterverband ebenso kameradschaftlich verfahren sein, und hätte nicht ständig auf die Sortierer einzuwirken gesucht, sich anstatt dem Sortiererverein dem Tabak-Arbeiterverband anzuschließen, das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander wäre heute ein kollegialischeres. Der feindselige, giftige Kampf, den die Verbandsleitung gegen den Sortiererverein unternommen, trägt auch wahrlich nicht dazu bei, die Kollegialität zwischen Cigarren-Arbeitern und Sortierern zu kräftigen — im Gegenteil, wenn nicht die nächste Generalversammlung im Verbande ein Machtwort spricht und dem unseligen Bruderkrieg dadurch ein Ende macht, daß sie der Verbandsleitung die Inbahrung eines freundschaftlich-kollegialischen Verhältnisses zu dem Sortiererverein zur Pflicht macht, befürchte ich das Schlimmste.

Schließlich noch einige Worte über die Zugehörigkeit des Sortierervereins zur Generalkommission. Der Vorstand sagt, nur infolge der „Gutgläubigkeit“ und der „Nachsichtigkeit“ des Tabak-Arbeiterverbandes sei es dem Sortiererverein gelungen, sich „im Gedränge mit einzuschmuggeln!“ Der Vorstand sollte doch den Wund nicht zu voll nehmen und nicht vergessen, daß es eine Zeit gab, in welcher die Leitung des Tabak-Arbeiterverbandes und zwar damals wie heute, durch einen Staatsstreich, der Gesamtheit der organisierten Arbeiterkräfte ihren Dank für die Unterstützung beim Hamburger Ausschluß glaubte dadurch abtatten zu müssen, daß sie den Tabak-Arbeiterverband von der Generalkommission löstete. Der Sortiererverein war damals die einzige Tabak-Arbeiterorganisation, die den in der Generalkommission centralisierten deutschen Gewerkschaften die Treue bewahrte. Damals, wie heute, nahm die Verbandsleitung das Recht für sich in Anspruch, sich eigenmächtig über alle Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes hinwegzusetzen. Nur ein merklicher Unterschied war gegenüber heute — die Methode, daß die Verbandsleitung jeden Andersdenkenden als einen Verräter und Schurken bei den Kollegen zu verdächtigen sucht, war damals bei uns seitens der Leitung zum mindesten noch nicht eingeführt. Als eine Entwicklung zum Besseren kann ich diese „neue“, sonst längst abgethane Methode gerade nicht begrüßen und hege die wohl nicht unbegründete Hoffnung, daß die „aufgeklärte Kollegenschaft“, die der Vorstand ohne weiteres als auf seiner Seite stehend glaubt, sich durch die Kraftausbrüche des Vorstandes nicht verhegen lassen wird, sondern das alte gute englische Sprichwort berücksichtigt: „Force is no remedy!“ (Gewalt ist kein Heilmittel.)

H. v. Elm.

Verband und Krankenkasse.

Dem Vorstand in Bremen ist der Kampf jetzt mächtig geschwollen. In der Urabstimmung haben von 18000 Mitgliedern nicht ganz 7500 für die obligatorische Zuschußkasse gestimmt. Das macht den Vorstand überglücklich. Seine Freude ist besonders groß darüber, daß dieses Resultat trotz der „heftigen Gegenagitation“ erreicht worden ist. Diese Freude ist ihm zu gönnen. Der objektive Beurteiler weiß, was es mit dieser heftigen Agitation auf sich hatte. Die Gegner der gegenwärtigen Einführung des Obligatoriums konnten ihre Meinung nur beschränkt im engeren Wirkungskreise und im Tabak-Arbeiter zum Ausdruck bringen. Letzteres auch nur in bescheidenem Maße und zu einer Zeit, als die Versammlungen, in denen über die Vorschläge des Vorstandes beraten werden sollte, bereits zum größten Teile stattgefunden hatten, während die Vorstandsmitglieder offizielle Agitationsreisen unternahmen, um für ihre Anschauungen Propaganda zu machen.

Wie der Vorstand immer und immer wieder dazu kommt, sich auf den Mainzer Beschluß zu berufen, bleibt auch jetzt noch, trotz der gegebenen Erklärung, unbegreiflich. Eine Rechtfertigung zu dem Vorgehen des Vorstandes aus dem klaren Wortlaut des Mainzer Beschlusses herauszufinden, wird auch der größte Meister in der Interpretationskunst nicht fertig bringen. Die Berufung auf diesen Beschluß ist recht unglücklich, noch unglücklicher aber ist die Berufung auf die Meinungen des Kollegen Thieme. Wo und wann ist denn bisher die gelegentliche Meinungsäußerung eines einzelnen Kollegen für die Gesamtheit maßgebend gewesen? Wenn der Vorstand sagt, die Ansicht Thiemes enthält die eigentliche Begründung zu dem Beschluß, so stelle ich das — trotz meines ausnahmsweise schwachen Gedächtnisses — in Abrede. Der Mainzer Beschluß ist die Annahme eines Antrags Bremen. Es kann gar nicht zutreffen, daß dieser Antrag von dem Kollegen Thieme-Hamburg begründet worden ist. Kollege Thieme hat wohl bei Gelegenheit, wo die zu § 2 Absatz 1 gestellten Anträge zur Debatte standen, gesagt, der Vorstand müsse auf die Centralkrankenkasse Obacht geben, er sei der Ansicht, daß diese bald ihr Begräbnis feiere, aber in der weiteren Debatte hat von den folgenden Rednern kaum einer darauf Bezug genommen, vielmehr hat sich hinterher der frühere Vorsitzende, Kollege Junge-Bremen, im gegenteiligen Sinne über die spezielle Auslegung des Antrages Bremen verbreitet. Daß jemand sein eigenes Begräbnis feiert, ist ein kurioses Ding, aber fast ebenso kurios ist das Bemühen des Vorstandes, aus der Thiemeischen Meinungsäußerung einen Auftrag der Generalversammlung zu seinem Verhalten herzuleiten. Man kann auch dann nicht mit dem Vorstand einverstanden sein, wenn man der Meinung ist, es habe eine Verpflichtung zum Eingreifen gegen die Krankenkasse bestanden. Das Wie der Ausführung bleibt auf alle Fälle anfechtbar. Die Tatsache bleibt bestehen: Der Vorstand hat ohne Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Schwierigkeiten, die der Krankenkasse im Wege standen, darauflos operiert, und wenn heute die Karre verfahren ist, dann trifft einzig und allein den Vorstand die Schuld.

In Mannheim soll es nun meine Pflicht und Schuldigkeit gewesen sein, die Karre wieder in das richtige Gleis zu bringen. Der Vorstand überließ dabei vollständig, daß die Umwandlung der Krankenkasse trotz meiner eindringlichsten Gegenargumentation beschlossen worden ist. Man mag meinen Standpunkt in Bezug auf die Krankenkasse für einen rückständigen halten, aber auch ich bin der Meinung, daß das Ende der freien Hilfskassen in nicht mehr allzuferner Zeit zu erwarten und im Interesse einer besseren Organisation der Krankenkassen sogar zu wünschen ist. Ohne Gegenleistung seitens der Regierung möchte ich aber die freien Kassen trotzdem nicht preisgeben. Gerade, weil ich der Meinung bin, daß die Gesetzgebung hier eingreifen wird, bin ich sowohl im Verband wie in der Krankenkasse stets dafür eingetreten, bis dahin keine einschneidenden Veränderungen vorzunehmen. Dieser Auffassung habe ich sowohl in Mainz wie in Brandenburg und Mannheim im Ausdruck gegeben. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Zeitpunkt kommt, wo die freien Hilfskassen genötigt werden, anderen Formen der Krankenversicherung das Feld zu räumen, der Gedanke der Vereinigung bei den Mitgliedern der Krankenkasse auf viel fruchtbareren Boden fallen und eine Vereinigung sich viel leichter vollziehen wird, als jetzt, wo die Angelegenheit ohne die nötige Klärung und Verständigung übers Rnie gebrochen werden sollte. In welche fatale Situation wir durch das Vorgehen der Verbandsleitung kommen werden und daß Verband und Krankenkasse Schaden erleiden, wenn zwei Zuschußkassen existieren, die sich gegenseitig bekämpfen, ist mir und vielen anderen folglich klar geworden. Auch daß das Verhalten des Vorstandes diesen Zustand herbeiführen mußte, was ich als Gewerkschafter thun konnte, um diesen Zustand zu verhindern, habe ich gethan. In Wort und Schrift habe ich nachdrücklichst das Nachteilige der Situation, in die wir jetzt geraten sind, geschildert, das Obligatorium der Zuschußkasse ist trotzdem durch Urabstimmung beschlossen worden. In der Krankenkasse habe ich gleichfalls auf die Unzuträglichkeiten dieser Situation hingewiesen. Ich habe auch dort kein Gehör gefunden. Die Umwandlung in eine Zuschußkasse war ja vorher (vergl. Nr. 42 d. T.-M.) vom Vorstand des Verbandes als ein Gebot der Notwendigkeit bezeichnet worden.

Daß ich mich für die Resolution Fröhlich, wie der Vorstand meint, hätte ins Zeug legen sollen, dazu hatte ich keine Veranlassung. Nachdem die Generalversammlung mit so überwiegender Majorität den Fortbestand als selbständige Zuschußkasse beschlossen hatte, konnte ich ihr nicht zumuten, im selben Moment wegen Verschmelzung mit einer anderen Kasse in Verbindung zu treten.

Gegen die Resolution Fröhlich haben auch die Kollegen Künne und Lindner gestimmt. Diesen Kollegen kann man den Vorwurf, die gewerkschaftlichen Interessen hintanzusetzen zu haben, wahrhaftig nicht machen. Wenn diese Kollegen trotzdem mit der Majorität über den Antrag Fröhlich zur Tagesordnung übergegangen sind, so beweist das zur Genüge, daß dieser Antrag nicht das „einzige Vernünftige“, sondern eine widersinnige Zumutung an die Mannheimer Generalversammlung gewesen ist. Die Delegierten hatten um so weniger Grund, der Resolution zuzustimmen, da sie kurz zuvor einen Antrag angenommen hatten, der den gewerkschaftlichen Interessen vollkommen Rechnung trägt. Eine spätere Generalversammlung hat nunmehr freie Hand, sie kann, wenn die Stimmung vor-

bereitet und eine Mehrheit dafür vorhanden ist, den Anschluß an den Verband zur Ausführung bringen.

Was nun die Resolution anbelangt, die ich, wie der Vorstand sich ausdrückt, gegen ihn „ausgegrübelt“ haben soll, so kann ich mir denken, daß sie in Bremen keine freundliche Zustimmung gefunden hat. Das soll sie auch nicht. Als Delegierter der Krankenkasse ist man verpflichtet, die Interessen dieser Institution in erster Linie wahrzunehmen. Ich glaube es gethan zu haben, ohne dabei mit meinen gewerkschaftlichen Pflichten in Konflikt gekommen zu sein. Die Resolution enthält nichts, was man nicht ganz gut auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus verantworten kann. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß die obligatorische Zuschußkasse, oder Unterstützung bei Erwerbsunfähigkeit, wie sie der Vorstand in Bremen von nun an nennen will, jetzt absolut und unter allen Umständen notwendig ist, daß der Verband ohnedem gar nicht mehr existieren kann und daß man einen Verrat am Verbandsbegehrt, wenn man der Meinung ist: Hat es so lange gedauert, wird es auch noch so lange gehen, bis die Krankenkasse, der man ja schon so oft das Sterbelied gesungen hat, die Bahn frei gemacht haben wird.

Dem Kollegen Schmidt-Gastedt muß ich freilich zugeben, daß, als die Resolution zusammengefaßt, „resolutioniert“ wurde, an einen Staatsstreich nicht gedacht worden ist. Ein solcher wird auch nicht notwendig sein. Wenn es der Fall ist, daß nur, um eine Vereinigung mit der Krankenkasse herbeizuführen, nur um den Opfern des Zusammenbruchs eine Zufluchtsstätte zu bereiten, die Urabstimmung vorgenommen worden ist, wenn die Möglichkeit des Zusammenschlusses beider Organisationen mit einer Sicherheit behauptet worden ist, die erwarten ließ, daß zwischen der Leitung des Verbandes und der Krankenkasse bereits eine Verständigung über das Wie und Wann erzielt worden ist, und aus diesem Grunde und in dieser Erwartung die Mehrheit der Verbandsmitglieder mit Ja gestimmt hat; wenn sich dann hinterher herausstellt, daß der Vereinigung gesetzliche Hindernisse im Wege standen, wenn ferner zu Tage tritt, daß der Vorstand des Verbandes trotz des angeblichen Mainzer Auftrages bisher ruhig Gewehr bei Fuß gestanden und auch nicht den kleinsten Schritt unternommen hat, um eine Vereinigung vorzubereiten, wenn bisher jede Annäherung vermieden, eine solche auch bei der Generalversammlung in Mannheim unterlassen worden ist, wenn man ferner einsehen muß, daß die obligatorische Einführung der Krankenunterstützung die Gegensätze verschärfen und innere Kämpfe hervorrufen wird; wenn man erkennen muß, daß die Frucht, die man zu pflücken gedachte, noch nicht reif ist, dann ist es, sollte ich meinen, das einfach richtigste und vernünftigste, wenn man die Hand davon läßt, und erst, bevor man zugreift, das Veräumdete nachzuholen versucht. Die Voraussetzungen, unter denen die Mitglieder mit Ja gestimmt haben, sind nicht vorhanden gewesen, die Urabstimmung ist hinfällig geworden. Von der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes erwarte ich, daß sie mit Ruhe und Sachlichkeit alle in Betracht kommenden Momente noch einmal prüfen und zu dem Entschluß kommen wird, die Einführung der obligatorischen Zuschußkasse zurückzustellen, dafür aber eine eingehende und verständliche Diskussion über die schwebende Frage im Tabak-Arbeiter einzuleiten. Die nächste Generalversammlung der Krankenkasse findet im Sommer 1904 statt. Diese hat die Möglichkeit, den Anschluß an den Verband zu beschließen, wenn eine Mehrheit dafür vorhanden ist. Diese Mehrheit zu schaffen und den Wünschen des Verbandes geneigt zu machen, muß das Ziel der Verbandsleitung und der Generalversammlung sein. Es kann erreicht werden, wenn mit Umsicht und Sachlichkeit während der dazwischen liegenden Zeit zu Werke gegangen wird.

Ueber die weiteren Anpassungen seitens des Vorstandes gehe ich zur Tagesordnung über. Man wird wohl im Verband auch dann noch als ein ehrlicher Kerl gelten, wenn man anderer Meinung wie der Vorstand in Bremen ist. Dieser bietet uns ja jetzt eine solche Fülle von Ueberforderungen, daß schon eine ungewöhnliche Begabung dazu gehört, wenn man sich in die Gedankengänge des Vorstandes hineinversetzen will. Vor zwei Jahren in Mainz waren ja die Kollegen vom Vorstand in Bezug auf die obligatorische Zuschußkasse auch noch anderer Meinung. Jetzt hat der Vorstand, wie ich sehe, sogar die Arbeitslosenunterstützung auf seinem Programm, da kann sehr bald der Fall eintreten, daß alle diejenigen, die jetzt noch den Standpunkt einnehmen, den in Mainz die Kollegen Deichmann, Faure und Meißner vertreten haben, in die Gefahr kommen, ebenso wie ich jetzt vom Vorstand als Gefinnungsheuchler behandelt zu werden.

Eins möchte ich zuguterletzt noch aussprechen: Es nimmt sich vom Vorstand nicht gut aus, von anderen Organisationen immer geringschätzig und in hochmütigen Tönen zu sprechen. Solche Redensarten, wie: „Grabsrand“, „Lodesstoß“ und „Sterbeglocklein“ hat man schon zu viel gehört, sie ziehen zuguterletzt nicht mehr. Auch der Verband hat schon schwere Krisen durchgemacht. Es wäre dann auch unangenehm empfunden worden, wenn andere sich frohlockend darüber geäußert hätten. Wenn heute noch eine gleiche Einrichtung wie die Krankenkasse geschaffen werden sollte, würde die Mehrheit der jetzigen Krankenkassenmitglieder entschieden nicht mitmachen. Zur Zeit aber, als die Centralkrankenkasse gegründet wurde, da entsprach diese „allbewährte Institution“, wie sie der Bremer Vorstand erst nannte, einem dringenden Bedürfnis der Tabak-Arbeiter. Der Zug der Zeit drängte die vorwärtstrebenden Elemente der Tabakarbeiterschaft hinein in die Kasse. Gar viele waren es, die nicht aus Egoismus, sondern aus Idealismus dieser Form der Krankenversicherung den Vorzug gaben. Die Rückständigen, die Indifferenten, blieben zurück. Von diesen sind heute viele dabei, die über die rückständigen, verknöcherten Kassenmenschen, wie man die Mitglieder der freien Hilfskassen hinzustellen beliebt, verächtlich die Nase rümpfen, die der Krankenkasse das Leben nicht gönnen, ihr Sterben aber nicht abwarten können. Der Rat, den der Vorstand giebt, eine Urabstimmung auch in der Krankenkasse vorzunehmen, beweist wieder seine fachliche Unkenntnis. Solche Maßnahme ist auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes unzulässig. Ich kann auch das nicht gelten lassen, daß die Generalversammlung der Krankenkasse über die Stimmung unter den Mitgliedern nicht informiert war, weil sie zum Teil aus selbständigen Existenzen bestanden hat. Gätte sie aus lauter Versicherungspflichtigen, meinestwegen auch vorwärtstrebenden Lohnarbeitern bestanden, die Beschlüsse würden kaum anders gelautet haben. Uebrigens war das Verhältnis der selbständigen Existenzen

zu den Lohnarbeitern in Mannheim durchaus kein anderes wie in Mainz.

Der Verdächtigung, daß diejenigen, die, ohne noch im Sold der Kapitalisten zu stehen, in der Gewerkschaft oder in der Partei Vertrauensstellen einnehmen, in ihrem Denken und Handeln nicht mit den vorwärtstrebenden Lohnarbeitern übereinstimmen, auch nur andeutungsweise Raum zu geben, sollten die Leiter einer großen Gewerkschaft sich sehr hüten. Da sie selber bezahlte Kassenbeamte sind, die nicht mehr in der Werkstatt arbeiten, könnte eine solche Verdächtigung für sie sehr leicht schwerwiegende Folgen haben.

Der Vorstand verichert uns, daß er sich bei seinem Verhalten nur vom Verbandsinteresse habe leiten lassen. Das wird niemand in Zweifel ziehen, aber es erscheint mir vortheilhafter, wenn der Vorstand in Zukunft seinen Thatendrang besser einengen und dafür lieber mit doppelter Umsicht und Sachlichkeit zu Werke gehen würde.

Brandenburg a. S.

D. Sidom.

Der Vorstand des Verbandes und die Centralkrankenkasse.

Der Vorstand des Verbandes der Tabakarbeiter Deutschlands greift in Nr. 51 des Tabak-Arbeiters den Vorstand sowie die Generalversammlung und auch einige Delegierte an wegen ihrer ablehnenden Haltung gegen seine Wünsche. Daß das Vorgehen des Vorstandes gegen die Centralkrankenkasse auch selbst von denjenigen Delegierten, die für unbedingten Anschluß an die Zuschußkasse des Verbandes waren, allgemein verurteilt wurde, scheint der Vorstand nicht wissen zu wollen. Er beruft sich in seiner Rechtfertigung auf den Beschluß der Mainzer Generalversammlung und stützt sich auf eine Bemerkung des Kollegen Thieme-Hamburg, welcher äußerte, die „Centralkranken- und Sterbekasse werde doch bald ihr Begräbnis feiern“. Wenn dieser Ausdruck auch gefallen ist, so war es doch kein Antrag und konnte als solcher auch nicht angenommen werden. Dagegen ward der Antrag Bremen, welcher lautete: „Im Fall der Reichstag etc.“, gegen sechs Stimmen angenommen und darin liegt ein wesentlicher Unterschied.

Daß der Vorstand ein derartiges Vorgehen gegen die Krankenkasse beabsichtigt hatte, bestätigt derselbe in Nr. 51 des Tabak-Arbeiters selbst, indem er erklärt, wenn er die Lage der Krankenkasse früher gefannt hätte, so würde er die Urabstimmung schon früher vorgenommen haben. Er behauptet, daß ein großes Bedürfnis für Einführung der obligatorischen Zuschußkasse vorhanden sei, und doch war es auf der Mainzer Generalversammlung gerade der Vorstand, welcher gegen die von verschiedenen Zahlstellen gestellten Anträge auf das Obligatorium entschieden Front machte. Der Kassierer erklärte, die Einführung des Obligatoriums sei eine gefährliche Spielerei. Und nun auf einmal das große Bedürfnis!

Der Vorstand ist nun erbittert, daß die Mannheimer Generalversammlung sich nicht sofort seinem Willen unterworfen hat, sondern sich einen eigenen Willen zu haben erlaubte. Auch behauptet er, die Generalversammlung sei über den Antrag Fröhlich-Verden, welcher verlangte, daß der Vorstand der Centralkranken- und Sterbekasse dem Vorstand des Verbandes demütig entgegenkommen solle, für sein rücksichtsloses Vorgehen, sowie daß der Verband jetzt eine Extrageneralversammlung und dann im nächsten Sommer von beiden Kassen noch je eine Generalversammlung zu berufen, zur Tagesordnung übergegangen. Aber der Antragsteller hat nach 1½stündiger Debatte seinen Antrag zurückgezogen. Er brachte denselben später in Form einer Resolution wieder ein und beantragte darüber namentliche Abstimmung. Auch das ist geschehen. Daß der Antrag mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt wurde, bedeutet doch keinen Uebergang zur Tagesordnung, das müßte der Vorstand doch eigentlich auch wissen.

Daß die Krankenkasse durch die Verfügung der Behörde in eine unangenehme Lage gekommen war, wußte ja die Generalversammlung, und das haben sich auch die Delegierten nicht verhehlt. Aber kommen denn diese Vorgänge nicht überall vor, ob es nun Kranken- oder Zuschußkasse heißt? Hat nicht die Zuschußkasse 1¼ Jahr lang ihre Beiträge pro Marke um 5 Pfg. erhöhen müssen, ferner die Dauer der Unterstützung von 26 auf 13 Wochen herabsetzen und die Karenzzeit auf 52 Wochen erhöhen müssen? Und immer wird es sich herausstellen, daß die Mitglieder so viele Beiträge bezahlen müssen, wie sie Ansprüche erheben wollen. Die Kranken- und Sterbekasse hat seit ihrem Bestehen vielen unserer Kranken, alten und schwachen Kollegen in Not und Elend Nutzen gewährt. Wenn man bedenkt, daß alte Kollegen vor mehr als 50 Jahren (1848) den Hamburger Zigarrenmacherverein gründeten, welcher die erste Kasse war, die am 12. Juli 1884 die Grundlage der heutigen Centralkranken- und Sterbekasse bildete, so ist es doch wohl nicht so unbillig, wenn die Delegierten auf die Wünsche und den Willen ihrer Auftraggeber Rücksicht nahmen und die selbständige Zuschußkasse beschloßen, um den Mitgliedern zu erhalten, was möglich war. Daß man aber in Zübel ausbricht, wenn eine Institution, die vielen in der Not helfen soll, in ungunstiger Lage ist, beweist wenig Anstand und Taktgefühl. — Freilich giebt es Leute, die an einem derartigen Vorgehen ihre Freude haben. Das weiß ich aus eigener Erfahrung.

Der Vorstand des Verbandes hat eine Scala über Leistungen und Pflichten der Zuschußkasse aufgestellt, an deren Durchführbarkeit er aber wohl selber nicht glaubt. Wenigstens beweisen das die allerdings noch recht verschämten Andeutungen in Nr. 51 des Tabak-Arbeiter. Doch hofft man sicher, daß sich Leute finden werden, die sie in die gewünschte Form umsetzen. Es wird darauf hingedeutet, ob man nicht von Klasse 4-6 ein Gesundheitsattest beibringen läßt und eine Altersgrenze festsetzt. Also nur bis 3 Mk. soll dies nicht nötig sein! Nun, bei solcher früher vom Vorstand so stark bekämpften Einrichtung (siehe Nr. 42 des Tabak-Arbeiter) hat man ja schon genau dieselben Bestimmungen in Aussicht genommen wie in der Krankenkasse.

So sieht in Wahrheit die Menschenliebe dieser Leute aus, welche die Opfer des Zusammenbruchs retten wollen. Somit war es doch richtiger, daß die Mannheimer Generalversammlung das vom Vorstand des Verbandes, wie er sagt, gar nicht verlangte Scheinvermögen für die Mitglieder der Kasse zu erhalten gesucht hat. Soweit die Angelegenheit mit der Centralkranken- und Sterbekasse.

Wenn man den Tabak-Arbeiter in den letzten drei Monaten zur Hand nimmt, so muß man bedauern, daß seit dieser Zeit nichts anderes als Hebräisch darin stehen, erst gegen den Verband der Zigarrenfortierer gerichtet, jetzt, da der Vorstand in dieser Sache mit seinem Latein zu Ende zu sein scheint, gegen die Krankenkasse. Da fragt man sich doch: Ist gar kein anderer Weg zu gehen, als Haß und Streit zwischen gleiche Interessengemeinschaften zu säen? Sollte es nicht besser sein, durch selbständiges Entgegenkommen eine Verständigung herbeizuführen sich zu bemühen? Sollte es nicht richtiger sein, statt der Hebräisch solche in unser Organ aufzunehmen, die dem allgemeinen Interesse dienen. Man denke doch auch daran, daß ein großer Teil der Kollegen, wenigstens in hiesiger Gegend, beiden Kassen angehört und so auf alle Fälle beide Teile geschädigt werden, wenn diese Hebräisch nicht ein Ende nehmen. Dem Appell des Vorstandes an die Mitglieder möchte ich mich anschließen, zu suchen, wo die größte Ungerechtigkeit liegt.

E. Kröber, Warmbeck.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!